Anzeigenpreise: Die 9gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 100.— Mark, Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 40.— Mark. Kleine Anzeigen per Wort 5.— Mark. — Reklamepreis: Die Millimeterzeile 3 gespalten oder deren Raum im Text 280.— Mark.

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Bezugspreis: Durch Austräger 1000.— Mk. pro Woche. Durch die Post 3000.— Mk. pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrages an die Prod.-Genossenschaft. — Redaktionssprechstunde: 5—6 Uhr nachm. Postscheckkonto: Breslau Nr. 810 60. — Fernspr.: Breslau, Ring 8887. **Einzelnummer 200 Mk.**

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale).

Nummer 77. | Dienstag, den 3. April 1923. | 5. Jahrgang.

Aus dem Inhalt:

Am Sonnabend inszenierten französische Militaristen und deutsche Provokateure unter den Arbeitern des Krupp-Werkes ein Blutbad. 11 Arbeiter wurden erschossen und 32 schwer verletzt.

Wie die „Münchener Post" meldet, nannte Hitler die deutsche Republik einen „marxistisch-jüdischen Saustall.

Severing hat auf die Ergreifung derjenigen Arbeiter, die in Berlin die italienischen Faszisten auseinandersprengten, eine Belohnung von 300 000 Mark ausgesetzt!!

Die sozialdemokratische Presse Sachsens und Thüringens verurteilt aufs schärfste Severings Feldzug gegen den proletarischen Selbstschutz.

In der Dollaranleihe hat die Cuno-Regierung ein großes Fiasko erlitten. Im Monat Februar haben die Proleten durch den Steuerabzug vom Lohn 92 Prozent aller direkten Steuern aufgebracht!

Die Belegschaft der Schlesischen Kokswerke fordert die Anerkennung des Kontrollausschusses durch den Magistrat.

Das Fiasko der Dollaranleihe.

Bekanntlich rechnete die Cuno-Regierung dauernd, daß für mindestens 200 Millionen Goldmark Dollars gezeichnet werden. Tatsächlich sind nur für etwa 50 Millionen Goldmark Dollars gezeichnet worden. Das bedeutet ein vollständiges Fiasko. Die Herren Großwucherer denken nicht daran freiwillig mit ihren Devisen herauszurücken.

Das Fiasko ist umso größer, wenn in Betracht gezogen wird, daß die Reichsbank erst vor einigen Tagen 100 Millionen Goldmark nach der Schweiz ausgeführt hat zur Stützung der Mark. (Wir werden noch darauf zurückkommen. D. Red.)

Die monarchistische „Schlesische Zeitung" für Demokratie und Kommunistenhatz!

In einem „Gespenster" überschriebenen Artikel schreibt die „Schles. Zeitung" in der Karfreitagsausgabe u. a. zu dem Eingreifen Severings gegen die Deutschvölkischen:

„... Deshalb muß mit aller Entschiedenheit angesichts der Vorgänge in Sachsen, Thüringen und im Ruhrgebiet, ebenso wie auch bei den Märzumzügen in Berlin, darauf hingewiesen werden, daß der bewaffnete proletarische Selbstschutz für die deutsche demokratische Republik eine viel größere Gefahr bildet, als die auch von der Deutschnationalen Volkspartei deutlich abgelehnte Störung der innerdeutschen Verhältnisse durch die irrige Politik der Deutschvölkischen Freiheitspartei oder der Nationalsozialisten um Hitler ... Mit viel größerem Rechte hätte die täglich zum Aufruhr hetzende Kommunistische Partei verboten werden müssen, und es genügt wahrlich nicht, wenn Herr Hörsing in Magdeburg gegen die aufrührerischen (!!) proletarischen Hundertschaften in Suhl eine Schupoabteilung von 200 Mann schickt, als Beweis dafür, daß die preußische Regierung sich eines gerechten Wollens befleißige.

Wir stellen also fest, daß wir der „Schles. Zeitung" zufolge, eine demokratische Republik haben, für die sich die „Schles. Ztg." ins Zeug legt. Sehr verdächtig! Die proletarischen Hundertschaften in Suhl waren „aufrührerisch", Hörsing und die preußische Regierung befleißigen sich „eines gerechten Wollens".

Wenn das die „Schlesische Zeitung" sagt, das Blatt der Junker, so sagt das jedem Proleten genug.

Wenn die „Schlesische Zeitung" übrigens gegen Severing hetzt, so ist das ein schlaues Manöver: sie stellt die Sache so hin, als hätte Severing tatsächlich gegen die Faszisten einen vernichtenden Schlag geführt — um so ein tatsächliches Eingreifen Severings gegen links fordern zu können.

Arbeitermord in Essen.

Neue Opfer deutscher Provokateure und französischer Militaristen.

Eig. Meldung d. „Schl. Arb.-Ztg.".

Essen, 2. April.

Am 31. März, morgens um 7 Uhr besetzten 2 französische Trupps die Kraftwagenhalle der Firma Krupp. Die Autogarage in der Altendorfer Straße wurde mit 12 schwer bewaffneten Soldaten, geführt von einem Leutnant, belegt. Die Auto-Garage für die Lastkraftwagen mit 5 bis 6 Mann. Der führende Offizier erklärte einem Mitglied des Kruppschen Betriebsrats, daß sie zwecks Requirierung von Autos erschienen seien. Bald nach der Besetzung beschloß der Betriebsrat die Niederlegung der Arbeit. Zur Alarmierung der Arbeiterschaft wurden die Sirenen für längere Zeit in Tätigkeit gesetzt. Die Direktion war selbstverständlich mit der Arbeitsniederlegung einverstanden, wenn auch aus ganz anderen Gründen als die Arbeiterschaft. Sie hatte schon seit Wochen eine unerhörte nationalistische Hetze geduldet und unterstützt. Seit Wochen schon kleben an den Wänden der Kruppschen Fabrik nationalistische Hetzplakate, während die Plakate der Arbeiterorganisationen heruntergerissen werden. Kurz nach der Besetzung wurden aus dem Hauptverwaltungsgebäude große Mengen nationalistischer Flugblätter tollster Sorte heruntergeworfen. (Von diesen elenden Machwerken, in denen im Ton von 1914 zum Mord aufgefordert worden war, werden wir noch Proben bringen. D. Red.)

Als die Arbeiterschaft von der Besetzung gehört hatte, nutzten die nationalistischen Elemente die Gelegenheit sofort aus, um Zusammenstöße zwischen Arbeiterschaft und französischem Militär zu provozieren. In den Straßen, auf denen Arbeiter sich aufhielten, tauchten gut gekleidete Deutschnationale auf, die eine wüste Mordhetze entfalteten. Besonders tat sich ein Dickbauchiger vor, der einen Stock mit Silberkrücke trug. Er forderte die Arbeiter auf, die Soldaten nicht mehr lebendig wegzulassen.

Der Betriebsrat hatte wohl auf Antrag eines kommunistischen Mitgliedes beschlossen, in dem besetzten Platz einen Kordon zu bilden, um Zusammenstöße zu verhindern. Aber als die Vertrauensleute herunterkamen stand schon eine dicht gedrängte Menge, voran wüste Nationalisten, unter ihnen zahlreiche Gutgekleidete, besonders Studenten. Ordnung war nicht mehr aufrechtzuerhalten.

Von der Nachtwagengarage hatten die Soldaten sich auf Grund der drohenden Haltung der Arbeiterschaft entfernt. In der Altendorfer Straße hatten sie sich in die Garage zurückgezogen. Der französische Offizier lehnte jede Besprechung mit der Arbeiterschaft ab. Nachdem die Nationalisten sich zuerst durch den Gesang von „Siegreich wollen wir Frankreich schlagen" Mut gemacht hatten, gingen sie dazu über, die Soldaten mit Steinen zu bewerfen.

Die französischen Truppen eröffneten darauf ein Feuer, das ein furchtbares Blutbad unter der Arbeiterschaft anrichtete. Der Leutnant ließ mitten in den dichten Haufen der Zurückdringenden und Flüchtenden hineinschießen. Zahlreiche Tote und Verwundete deckten bald die Straße; der Leutnant aber ließ weiter darauflos schießen. Unter den Toten ist auch unser Genosse Josef Zander, der sich vom befand, um die tollen Nationalisten zurücke zuhalten und ein Blutbad zu verhindern.

Zu Zusammenstößen mit dem Militär kam es noch, als bald darauf ein Auto mit zwei französischen Offizieren in Zivil die Blutstelle passieren wollte. Die Menge brachte das Auto zum Halten. Als einer der Autoinsassen seine Schußwaffe bereit machte, fiel die Menge über die beiden Offiziere her und verprügelte sie. Das Auto wurde demoliert und auf der Straße verbrannt. Um 1 Uhr nachmittags kehrten die Truppen, die nach dem Blutbad abgezogen waren, mit großer Verstärkung in Autos und zu Fuß zurück und besetzten zunächst das Lohnbüro.

Bisher wurden 11 Tote und 32 Verwundete festgestellt.

Ueber die Vorgänge in Essen verbreitet das WTB. u. a. nachstehende Meldungen:

Essen, 31. März. Heute früh wurde die Kraftwagenhalle 1 der Kruppschen Gußstahlfabrik von den Franzosen besetzt und die anwesenden Arbeiter vertrieben, worauf die Sirenen ertönten. Die Kraftwagenhalle 3, in die die Franzosen ebenfalls eingedrungen waren, wurde von ihnen alsbald wieder geräumt. Inzwischen hatten infolge des Sirenengeheuls sich die Werksangehörigen vor den Wagenhallen angesammelt und umstanden in dichten Massen die Franzosen, die aus einem Offizier und 10 Mann bestanden. Die Franzosen machten ein Maschinengewehr schußbereit, verhielten sich aber zunächst ruhig. Da sie sich von der immer größer werdenden Menge der Arbeiter bei ihrem Abzug bedroht glaubten, eröffneten sie plötzlich das Feuer mit dem Maschinengewehr. Einige Tote und mehrere Schwerverletzte blieben am Platz. Darauf zogen die Franzosen ab. Ein von Franzosen besetzter Luxuskraftwagen wurde von der erregten Menge angehalten und vollständig zerstört. Die Insassen wurden verprügelt.

Essen, 31. März. Nach dem jetzt vorliegenden Ergebnis der genauen Feststellungen ereignete sich der schwere Zusammenstoß in den Kruppwerken in folgender Weise: Am 31. März zwischen 7 und 8 Uhr vormittags besetzte ein Kommando der Franzosen die inmitten der Werke liegende Kraftwagenhalle und vertrieb die dort befindlichen Arbeiter. Als daraufhin die Sirenen im Werk ertönten, sammelte sich eine große Menge Arbeiter und Angestellte vor dem Gebäude. Mitglieder des Betriebsrates versuchten, die Ordnung vor der Halle aufrechtzuerhalten und das Kommando zum Abzug zu bewegen. Sie erboten sich mehrfach, die Sicherheit der Franzosen beim Abzug zu gewährleisten. Die Franzosen drängten plötzlich gegen die Menge vor und schossen in sie hinein, obwohl die Versammelten die Straße freigaben. 7 Tote und eine große Anzahl Verwundete blieben auf dem Platz. Nachdem Vorfall passierte ein Auto der interalliierten Kommission die Straße. Die Insassen wurden von der erregten Menge aufgefordert, auszusteigen und das Auto für den Transport der Verwundeten freizugeben. Als die Insassen dies ablehnten, bemächtigten sich die aufs äußerste erbitterten Menschen des Autos.

Die Beschönigungsabsichten in dieser Meldung, fühlt hier der Blinde mit der Krücke.

WTB. Essen, 2. April. Mittag. Der gestrige und der heutige Tag verliefen in der Stadt Essen trotz der großen Erregung, in die die Bevölkerung durch das von den Franzosen angerichtete Blutbad versetzt ist, bis jetzt ruhig. Die Namen der Toten sind: Franz Oellmann, Joseph Zander, Arthur Blum, Hermann Högemeier, Fritz Pieper, Walter Schweers, Kasimir Jankal, Helmuth Seel, Willy Wicharts, Hans Müller und Ernst Mannerts. Die ersten 10 sind sämtlich Bürobeamte, Arbeiter oder Lehrlinge der Kruppwerke, letzterer ist Bergmann. Im Krankenhaus befinden sich noch 19 Schwerverletzte, es steht zu befürchten, daß noch einige von ihnen sterben und noch 11 Leichtverletzte.

Sonntag früh sind die vier Direktoren der Kruppwerke Brun, Hartwig, Dieterle und Ritter von den Franzosen verhaftet worden. Zwei weitere, die ebenfalls verhaftet werden sollten, waren nicht in Essen.

Dem WTB. zufolge behauptet die französische Presse, daß die Zwischenfälle durch gewisse ehemalige Angehörige der Schutzpolizei die in den Kruppwerken verteilt waren, provoziert und geleitet waren, daß die Direktion der Kruppwerke dadurch sich verantwortlich gemacht habe, daß sie die Sirenen in Tätigkeit gesetzt hätte und gewisse Umstände darauf hindeuteten, daß die Arbeiter Aufreizungen, wenn nicht gar Befehlen gehorcht hätten.

*

Arbeiter sind es, die ein Opfer wurden blutgieriger französischer Offiziere und deutschnationaler faszistischer Provokateure.

Die monarchistischen Faszistenbanden, die im Ruhrgebiet bewußt auf den bewaffneten Konflikt zwischen französischen Soldaten und deutschen Arbeitern hinarbeiten, werden die Blutopfer von Krupp freudig begrüßen als Objekte für ihre verbrecherische Agitation. Für Poincare und seine Offiziersclique sind die Vorgänge in Essen der gesuchte Vorwand zu neuen Sanktionen, neuem Wüten, zu neuem Aufstacheln der nationalistischen Leidenschaften in der französischen Armee und Bevölkerung. Wieder wird der französischen Arbeiterschaft vorgeredet werden, daß die Ruhrarbeiter sich von den deutschen Nationalisten ins Schlepptau nehmen und mißbrauchen lassen. Neue Schwierigkeiten türmen sich vor den revolutionären französischen Arbeitern auf, die für den Gedanken der internationalen Solidarität kämpfen.

Die Opfer in Essen müssen darum für das Ruhrproletariat eine neue Warnung sein, dem wahnsinnigen Treiben der nationalistischen Provokateure energisch entgegenzutreten.

Das russische Brot und Deutschlands Arbeiter.

Am 4. März haben die russischen Arbeiter den revolutionären Arbeitern Deutschlands eine Nachricht gefunkt, die viel zu wenig beachtet wird: sie kündigten an, daß sie ungefähr 20 Millionen Pfund Brotgetreide den revolutionären Kämpfern im Ruhrgebiet zur Verfügung stellen.

Wie kann das hungrige Rußland ungefähr 800 Eisenbahnwaggons Getreide den Arbeitern Deutschlands schenken?

Es kann das tun, wie es 1918, selbst im Kriege noch befindlich, mitten in der Umwälzung, unter tausend Schwierigkeiten, den revolutionären deutschen Proletariern Brotgetreide anbot aus seinen kargen Vorräten. Damals war der Schritt des russischen Arbeiter- Bauern- und Soldaten-Deputiertenrats ein isolierter bolischer Schritt: die Proletarier Rußlands, die ihre Bourgeoisie besiegt hatten, reichten über Grenzpfähle und feindliche Bajonette hinweg, den Proletariern Deutschlands die Hand zu festem proletarischen Schutz- und Trutzbündnis, zum Sturze der Bourgeoisie in ganz Zentral- und Osteuropa zur Befestigung der revolutionären Macht der werktätigen Massen. Die Bruderhand wurde von Haase und Scheidemann zurückgestoßen: die Sozialpatrioten und Sozialchauvinisten hofften auf Wilson, der ihnen mehr geben könne als einige lumpige Waggons mit Getreide, welches ja die russischen Arbeiter und Bauern selbst so bitter nötig hätten.

Der Schritt vom 4. März geschieht unter gänzlich anderen Umständen. Die russische Revolution ist nicht nur siegreich gewesen, sie ist siegreich geblieben. Besiegt sind nicht nur die fremden imperialistischen Eindringlinge, nicht nur die Weißgardisten im Innern, besiegt ist auch, im wesentlichen der Hunger, und die Sowjetregierung, die russischen Arbeiter und Bauern, können jetzt nicht 3 oder 4 Waggons, sondern 800 den deutschen Arbeitern zur Verfügung stellen.

Den Ruhrkämpfern zu helfen, fordern die Plakate der Bourgeois auf, fordern auch die Mahnungen aller Reformisten. Doch ihre Hilfe ist nationalistische Hilfe, ist Hilfe für die Bourgeoisie, für die Unternehmer: die Thyssen, Klöckner, Stinnes und Konsorten — das sind die Ruhrkämpfer der deutschen Bourgeoisie.

Nicht ihnen sendet das russische Proletariat-Brot. Nicht ihnen streckt es wiederum die erstarkte Bruderhand entgegen. Wenn auch der materielle Gehalt der russischen Spende heute bedeutsamer ist, als 1918 — auch heute ist diese Geste eine symbolische Geste. Nirgends hat das Proletariat auf die Ruhrbesetzung so reagiert, wie in Sowjetrußland. Man nenne uns das Land, wo die Arbeiter tagelang gegen den imperialistischen Einmarsch demonstriert hätten. Mögen die Menschewiken diese Demonstrationen Komödie nennen — wir verstehen das: sind sie es doch gewöhnt, die Erregung der Proletarier nur in komödienhaften Demonstrationen verpuffen zu lassen. Nein, die Arbeiter Rußlands demonstrieren ernsthaft: es sollen ihre Demonstrationen zeigen, daß sie von den Proletariern Deutschlands und Frankreichs Kampf erwarten gegen den französischen Imperialismus, Kampf gegen die deutsche Bourgeoisie zugleich. Ihre Demonstrationen zeigen auch, daß sie selbst bereit sind, in den Kampf einzugreifen, wenn nur die Arbeiter Deutschlands ihn beginnen. Soll das heißen, daß Krieg geführt werden soll gegen Frankreich? Nein, es soll heißen, daß die Arbeiter und Bauern Rußlands mit fieberhafter Erwartung dem Augenblick entgegensehen, wo die werktätigen Massen Deutschlands ihre Bourgeoisie stürzen, zunächst eine Arbeiterregierung errichten, eine starke Regierung, welche den Kampf gegen den französischen Imperialismus weiter und anders führen wird, als der Aufsichtsrat der Stinnes-Republik, dessen ganze passive Resistenz nur geübt wird, um bessere Bedingungen bei der, ach so ersehnten Kapitulation zu erhalten.

Und die Sendung der 20 Millionen Pfund Brotgetreide bedeutet noch mehr. Sie bedeutet, daß Sowjetrußland die natürlichen Ressourcen hat, aus denen es den kämpfenden Proletariern Deutschlands materielle Hilfe spenden kann. 20 Millionen Pfund sind an sich wenig. Für den Anfang sind sie viel. Und mögen die Arbeiter Deutschlands erst die Macht übernehmen, so wird zwischen Deutschland und Rußland eine so innige Verbindung eintreten, daß deutsche Industrie und russische Landwirtschaft Hand in Hand und Schritt für Schritt miteinander gehen können; und nicht in irgend welcher fernen Zukunft, sondern sofort: das beweisen die 800 Waggons Brotgetreide.

Soll das Getreide also dazu dienen, die Arbeiter Deutschlands sozusagen zum Aufstand gegen ihre Bourgeois zu verführen? Wer so fragen würde, würde zeigen, daß er immer noch nicht sieht, wo die Arbeiterschaft Deutschlands heute steht.

Entweder — Faszismus oder — soziale Revolution. So steht heute die Frage. Dem einen und dem anderen zugleich ausweichen wollen, bedeutet: Dem Faszismus in die Arme laufen. Den Kurs auf den Faszismus steuernd, soweit kann es die Arbeiterschaft Deutschlands nicht bringen. Diesen Kurs steuern vorläufig nur die Todfeinde der Arbeiterklasse, die deutschvölkischen Banditen, die im Dienst der Schwerindustrie stehen, derselben Schwerindustrie, welche mit Poincare um die Bedingungen der Kapitulation schachert. Doch wenn der Faszismus beginnen wird, zu siegen, werden viele deutsche Reformistenführer sich ihm willig unterwerfen, wie die italienischen Reformisten die Stiefel Mussolinis mit Wollust lecken.

Den Kurs auf die soziale Revolution steuert in Deutschland nur die Kommunistische Partei. Die sozialdemokratischen Arbeiter wollen noch nicht sehen, daß es nur das eine oder das andere gibt. Aber sie müssen begreifen, daß sie wenn sie sich vor dem Faszismus retten wollen, ihre Regierung sich schaffen müssen; der Kampf gegen den Faszismus kann nicht mit friedfertigem Geschwätz im Parlament geführt werden, über das die Faszisten, auch die parlamentarischen, hohnlachen.

Für den revolutionären Kampf stellen die Arbeiter und Bauern Sowjetrußlands Mittel zur Verfügung. Sie werden ihre ganze Kraft in die Wagschale werfen, sowie die Arbeiterschaft Deutschlands beginnt, den Wagebalken auf die Seite der Werktätigen herunterzuziehen. Sie sind, ohne daß sie „gelehrte" Marxisten wären wie Kautsky, Internationalisten. Sie spenden von ihrem kargen Brot: denn sie wissen, der Kampf der Arbeiter Deutschlands ist ihr Kampf, wie ihr Kampf der Kampf der Arbeiter und Bauern Rußlands, der Kampf der Arbeiter Deutschlands war, ohne daß diese es begriffen.

Die 20 Millionen Pfund Brot sind ein Faustpfand. Es kann sein ein Faustpfand des gemeinsamen Kampfes.

Zur Verhaftung Hölleins.

Vom Westminster-Palast zum Santee-Gefängnis.

Von R. Albert, Paris.

„... und so kreuzen sich die Wege der Lakaien und der Revolutionäre — — —"

Mit drei Tagen Abstand — 17. und 20. März — fanden in Paris zwei sozialistische Konferenzen statt. Beide hatten auf ihrer Tagesordnung ungefähr dieselben Punkte; beide befaßten sich mit der von Herrn Poincare, dem Wortführer des Comitee des Forges, aufgerollten Frage: Die Ruhr, der kommende Krieg, das Großkapital gegen den Weltfrieden.

Zwei „sozialistische" Konferenzen. Ein Symbol.

Die eine fand statt im großen Saal des Gewerkschaftshauses. Hier stauten sich die Tausende, die direkt von der Arbeitsstätte hierhermarschiert waren, die Arbeitsmänner in ihren abgenutzten Anzügen, die Müdigkeit nach dem Tageswerk in den Knochen, aber gleichzeitig in ihren Schädeln alles, was das Paris der revolutionen an Hoffnung und Zuversicht, Mut und Tatwillen enthält. — Draußen vor dem Saal, im nächtlichen Dunkel, eine verächtliche Meute, die wie bissige Hunde um diese Arbeitermasse her und hin schlich, jeden Augenblick zum Zuschnappen bereit: Polizei und Spitzel.

Auf der Rednertribüne ein Mann mit ergrauendem Haar, hoher Statur, klaren Augen — mit ausgestreckter Hand. Man merkt kaum den fremden Akzent in seiner Stimme. Hätte ihn der Vorsitzende eben nicht vorgestellt, könnte man ohne weiteres annehmen, er gehöre zu diesen Massen Pariser Proletarier.

— Höllein, Deputierter im Reichstag, hat das Wort — — —

Und der Saal erdröhnte vom Beifallssturm der Tausende Pariser Arbeiter und Arbeiterinnen und die Hände und die Gesichter erhoben sich begeistert diesem Deutschen entgegen, und in leidenschaftlichen Wellen brauste die Internationale durch den großen Saal. Denn hier war keiner, der nicht fühlte, daß die Begriffe Deutscher und Franzose der Vergangenheit angehören, und daß die Namen „boches" und „Welsche" Worte der Infamie sind. Ein deutscher Arbeiter spricht zu französischen Arbeitern, ein Kommunist zu Kommunisten. Was er sagt, verstehen sie alle nur zu gut. Das Elend der deutschen Kinder? Es gibt so viele bleichwangige Kinder auch in den Vorstädten dieses opulenten Paris. Die Intrigen des Plutokraten Stinnes? Ach, hat nicht erst gestern das Comitee des Forges auf die Klassenbrüder der hier Versammelten in Le Havre schießen lassen! Die monarchistischen Attentate in München? Im Saal sind die Bürgerlichen und die Leute der „Action Francaise" durch ihre Spitzel vertreten. Die Gefängnisse der deutschen Revolutionäre? In Frankreich sitzen die Hauptführer der Arbeiter hinter Schloß und Riegel — — —

Dieser deutsche Kommunist ist ein ebenso armer Teufel wie alle im Saal anwesenden. Er kommt aus einem Lande, wo in vier Aufständen die Proletarier ihre rote Fahnen entfaltet und ihr Blut vergossen haben — — innerhalb fünf Jahren — — Und die Tausende Menschen, die ihn hier in Paris hören, wissen, daß es unter dem Bourgeois-Regime weder Vaterland noch Frieden für sie gibt, wissen, daß es für sie kein Heil gibt ohne den unerbittlichen Kampf der Ausgebeuteten gegen die Ausbeutenden — —

Nach dem Verlassen dieser gewaltigen Versammlung wird der Redner verhaftet und ins Gefängnis geführt.

Weil er herkam, um dem proletarischen Paris die brüderlichen Grüße der deutschen Arbeiter zu überbringen, wird Höllein des Komplotts gegen die Sicherheit des Staates bezichtigt, die einfachen Worte der Kommunisten scheinen also etwas ungemein Gefährliches zu sein. Jetzt ist er in einer Zelle der politischen Abteilung in der Santee. Neben ihm „wohnt" Cachin; und so sind dicht nebeneinander in dem Gefängnis der französischen Republik zwei demokratische Parlamente vertreten.

*

Die andere sozialistische Konferenz fand drei Tage später in der Behaglichkeit und Stille des Palais Bourbon (französisches Parlamentsgebäude. Die Red.) statt, umgeben von dem unterwürfigen Respekt der Diener, diskret überwacht von einigen der besseren Spitzel der Präfektur — damit niemand die Arbeit der Herren Sozialisten störe. — — Die sozialistischen Abgeordneten von vier alliierten Ländern entfalten hier am grünen Tisch ihre Portefeuilles (die noch nicht ganz ministermäßig aussahen), und ihre Behäbigkeit als gutdotierte Hirten der Völker — — —. Da war die Blüte des europäischen Sozialismus vertreten (ausgenommen die Feinde), wie sie die 2. Internationale zu sein vorgibt. Eine ausgewählte Kollektion ehemaliger und zukünftiger Minister: Der Bürger Vandervelde, der Unterzeichner des Versailler Friedens, der Bürger Renaudel, seine Gevatter Treves und Modigliani, denen Mussolini morgen das Anerbieten machen wird, ihm seine Stiefel in irgendeinem Unterstaatssekretariat zu wichsen. Der Bürger Ramsay Macdonald von der englischen Labour Party — — —.

Ramsay Macdonald, der gerade vom Festessen kam, vom Westminster Palast, wo er an der Tafel Sr. Majestät des Königs von England gut gespeist hatte; wo, im Moment, da der Champagner oder die Liköre gereicht wurden, seine Majestät geruhten, ihn anzusprechen — Wer wird über diese Seite der Geschichte des Sozialismus einmal berichten?!

Ob Georg der V. mit ihm wohl von der Zukunft der britischen Arbeiterklasse sprach oder gar von dem Los jener 172 indischen Bauern, die in der großen Kolonie irgendwo „im Namen des Königs" zum Tode verurteilt wurden?

Und diese interparlamentarische sozialistische Konferenz der 2. Internationale faßte den Beschluß — — — faßte den Beschluß — — — beschloß daß eine Kommission, ebenfalls eine interparlamentarische, nach Berlin gehen solle, um dort mit den Führern der Partei Eberts, Scheidemanns und Noskes zu verhandeln. —

Unter diesen Sozialisten war keiner, der die Arbeit der Hände und die Nöte des Tages kennt, oder der nicht die Zeit gefunden hätte, sie zu vergessen. Nicht einer kannte das Gefängnis. Keiner, der die Aktion der Massen predigte. Keiner, der an etwas anderes dachte als an heuchlerische und lügenhafte Texte. Keiner davon ein Revolutionär. Keiner, der nicht ein geehrter, ehrbarer ehrender Diener irgendeiner bourgeoisen Macht ist — — —.

Zwei sozialistische Konferenzen. Ein Symbol.

Der Bürger Ramsay Macdonald kam vom Palast von Westminster — — —

Höllein ging ins Santee-Gefängnis.

... und so kreuzen sich die Wege der Lakaien und der Revolutionäre!

„Ein marxistisch-jüdischer Saustall"

Die „Münchener Post" meldet, daß Hitler gesagt habe:

„Wir sind durch unsere Sturmabteilungen eine Macht in Bayern und vor allem in München und lassen uns niemals auflösen. Die Verbote unserer Partei in Preußen können unsere Bewegung nicht unterdrücken. Jedes Verbot gießt in zehntausend Seelen die Flamme der Empörung. Wir wollen keine parlamentarische Partei sein, sondern eine nationalistische Sturmarmee."

Mit dieser Aeußerung ist die Identität der Nationalsozialisten mit der Deutschvölkischen Freiheitspartei von Hitler öffentlich bestätigt worden. Weiter erklärte Hitler im „Völkischen Beobachter", er habe niemals die republikanisch-demokratische Staatsform bekämpft, da er das heutige Reich weder für eine Demokratie noch für eine Republik, sondern für einen marxistisch-jüdischen Saustall ansehe. Er sei von Beginn der Republik an bis heute der gleiche unversöhnliche Feind einer Gesellschaft geblieben, für die es in seinen Augen nur eine Strafe gebe, nämlich den Strick.

Severings Feldzug gegen Suhl.

Wie Poincare an der Ruhr.

Das kommunistische „Gothaer Volksblatt" schreibt zu der von Severing und Hörsing zur Zufriedenheit der Faschistenpresse gegen den proletarischen Selbstschutz in Suhl angeordneten Mobilisierung der Schupo:

„Severing schafft die Voraussetzungen dafür, daß die Faschistenarmee Hitlers im preußischen Gebiet den Thüringer Wald übersteigen kann, um die Diktatur nicht allein in Bayern, sondern im ganzen Reich zu errichten. Ein Schupokommando nach dem andern rückt im Kreise Schleusingen-Suhl ein. Drei Hundertschaften sollen in Suhl, Suhlerneundorf, Hirschbach und Mehlis „Ordnung" schaffen. Herr Severing nimmt ebensowenig bei seiner Invasion des Suhler Gebiets Rücksicht auf die Wohnungsnot, wie die Franzosen im Ruhrgebiet. Rücksichtslos werden dort Wohnräume beschlagnahmt. Nicht etwa bei den Kapitalisten, die Rufer nach der Schupo sind und große Villenwohnungen besitzen, sondern bei Proleten. Rücksichtslos wurden da zum Beispiel, wie unser Suhler Bruderorgan berichtet, die Wirtschaftsräume unseres Genossen Kralsch in Luisenstift mit Sipo belegt. Trotz Protest unseres Genossen und des Besitzers des Gebäudes, von dem er die Räume gepachtet hat, mußte er seinen Saal und seine große Stube für die Schupo hergeben, die in Autos anrückte. Hörsing befahl, die Schupo handelte, und eine proletarische Existenz wurde vernichtet!

Ganz wie die Franzosen im Ruhrgebiet, so sollen, wie weiter verlautet, auch öffentliche Gebäude belegt werden. Trotzdem das Suhler Krankenhaus so überfüllt ist, daß die Kranken nach überstandener Operation zur weiteren Genesung in ihre elenden Wohnungen geschickt werden müssen, sollen auch die Baracken des Krankenhauses als Unterkunftsräume für die Schupo requiriert werden. Man schlägt sozusagen das Suhler Proletariat ins Gesicht, um es zu provozieren."

Das Suhler Proletariat ist empört über dieses Vorgehen. Es sagt sich: Wir brauchen keinen Schutz durch die Schupo; wir schützen uns selber. Brauchen ihn die Kapitalisten, dann sollen sie Wohnräume in ihren leerstehenden Grundstücken hergeben. Aber Severing und Hörsing mitsamt dem auchsozialistischen Landrat Apel in Schleusingen wollen provozieren. Sie wollen auf alle Fälle die Gunst der Suhler Kapitalisten erwerben und provozieren deshalb, um ein für allemal, so wie sie es 1921 im Mansfeldischen wollten, die revolutionäre Bewegung im Suhler Industriegebiet an der Wurzel zu treffen.

Severing läßt das Remscheider Ortskartell überfallen.

Am 27. März hatte der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, Ortsausschuß Remscheid, eine Sitzung der freigewerkschaftlichen Funktionäre der Großbetriebe einberufen. Diese Sitzung wurde auf Severings Befehl von einem Kommando Kriminalbeamter überfallen. Die Funktionäre wurden genau durchsucht. Angeblich sollte nach Waffen gefahndet werden. In dieser Richtung verlief der Ueberfall völlig ergebnislos, dagegen nahmen die Kriminalbeamten Einsicht in alle Papiere und stellten die Namen der Anwesenden fest.

Der Ortsausschuß Remscheid hat an Severing ein scharfes Protestschreiben gerichtet.

*

Polizeiüberfälle auf freie Gewerkschaften! Das kennzeichnet den neuen Kurs Severings. Angeblich alarmiert er die Schupo gegen die monarchistischen Mörderbanden. Aber die rüsten weiter im offenen Tageslicht, demonstrieren in Berlin trotz des kleinen Belagerungszustandes vor der französischen Botschaft. Aber Severing schlägt zu gegen die Arbeiterorganisationen! Die Faszisten triumphieren! Die Namen der festgestellten Remscheider Funktionäre werden in Kürze die schwarzen Listen der monarchistischen Selbstschutzverbände vervollständigen. Will sich die Arbeiterschaft weiterhin einen solchen sozialdemokratischen Polizeiminister bieten lassen? Wird der Bundesvorstand tatenlos zusehen, wie freigewerkschaftliche Ortskartelle wie unter dem Sozialistengesetz von der monarchistisch verseuchten Kriminalpolizei überfallen werden? Wenn die reformistischen Spitzen diese Ungeheuerlichkeiten decken, müssen die arbeitenden Massen sie zur Rechenschaft ziehen.

Severing macht Schule.

Am 28. März wurde in den Sekretariatsräumen der KPD. Mannheim eine Haussuchung durch zwei Kriminalbeamte vorgenommen. Die Haussuchung war veranlaßt vom badischen Innenminister Adam Remmele.

*

Adam Remmele ist der getreue Nachahmer Severings. Dieser legt gegen den proletarischen Selbstschutz Schupo nach Suhl. Jener haussucht bei den Kommunisten. Das alles geschieht unter dem Zeichen des Kampfes gegen den Faszismus.

Für die proletarische Abwehr.

Zu Severings Hetzrede gegen die proletarischen Hundertschaften schreibt ein VSPD.-Blatt, die „Ostthüringer Tribüne" vom 25. März:

„Und was denkt Genosse Severing, der in Preußen kräftig dreinschlagen will, über die gegenrevolutionäre Gefahr, die uns von Tag zu Tag mehr von Bayern droht? Ist es nicht, nachdem die bayerische Regierung vollkommen vor den Hitlerbanden kapituliert hat, eine absolute Notwendigkeit, reale Sicherheiten zu schaffen gegen den unvermeidlichen kommenden Vorstoß der bayrischen Gegenrevolution?! Diese Dinge scheinen uns denn doch ernster zu sein, als daß man sie einfach übergeht. Die bayrische Regierung tut nichts gegen den Aufmarsch der Hitlerschen Faszistenbanden, die Regierung Cuno feiert in der Person des Reichskanzlers mit diesen politischen Wegelagerern Verbrüderungsfeste — soll angesichts dieser Erscheinungen das deutsche Proletariat untätig zusehen, bis es eines Tages, besonders in Mitteldeutschland über den Haufen gerannt und unter die Weiße Diktatur gestellt wird?! Aus dieser Not heraus ist der proletarische Ordnerdienst als unbewaffnete, durchaus friedliche Abwehrorganisation geschaffen worden! solange wie die Gegenrevolution uns mit dem Staatsstreich bedroht!"

An den Ausführungen trifft zu, daß die Abwehrorganisationen keine Parteiangelegenheit sein dürfen, sondern sich auf die breiten Arbeitermassen stützen müssen. Gefährlich aber ist es, aus pazifistischer Illusion die Waffenlosigkeit der Abwehrhundertschaften zu unterstreichen. Der Weiße Terror arbeitet mit Gummiknüppeln und anderen Mordwerkzeugen gegen das Proletariat. Soll die Arbeiterschaft nicht unnütz Opfer bringen sollen die Fäuste der Proleten den Faszisten fühlbar und verständlich werden, dann müssen sie mit den gleichen Werkzeugen ausgerüstet sein wie ihre Todfeinde.

„Die proletarischen Massen müssen zusammenstehen".

Die sozialdemokratische „Volkszeitung für das Vogtland", die sich die VSPD.-Presse Schlesiens zum Vorbild nehmen sollte, schreibt am 24. März:

Wir wenden uns jedoch nicht an Cuno, wir wenden uns an die Führung unserer Partei. Von ihr verlangen wir, verlangen die Arbeiter, daß sie diesen Kurs, den Cuno eingeschlagen hat, offen bekämpft. Von der Reichstagsfraktion und von der Parteileitung verlangen wir, daß die Bestrebungen, mit Cuno unter ein Dach zu kommen, aufgegeben werden, daß man Cuno gegenüber mindestens die gleiche Entschlossenheit an den Tag legt, wie sie der Parteivorstand in seiner letzten Kundgebung gegen die Kommunisten zum Ausdruck gebracht hat. Die Gefahren sind groß. Und alle weiteren Lavierungsversuche müssen sie für die Arbeiterklasse noch vermehren. Und deshalb Schluß mit dieser Politik. Die proletarischen Massen müssen zusammenstehen. Sie müssen den Kampf führen gegen die Gefahren, die von der kapitalistischen Klasse heraufbeschworen, sich ringsum auftürmen.

Sehr richtig! Aber vorläufig hält es nicht nur Cuno, sondern auch der Sozialdemokrat Severing für richtig, die Arbeiterschaft durch eine verlogene Kommunistenhetze zu spalten.

Zusammenstöße zwischen Polizei und Arbeitern.

WTB. London, 31. März. Anläßlich des Landarbeiterstreiks in Norfolk ist es zu zahlreichen Zusammenstößen zwischen Streikenden und von auswärts zugezogenen Arbeitswilligen gekommen. Letztere arbeiten vielfach unter dem Schutz von Polizei. Der Führer der Ausständigen schätzt ihre Zahl auf 10 000.

WTB. Buer, 31. März. Nach einer Meldung der Buer'schen Zeitung wird der christliche Gewerkschaftsführer Labusch heute dem vom Papst entsandten Monsignore Testa in Essen über die großen Schäden Bericht erstatten, die die Stadt Buer in den Wochen der Besetzung erlitten und noch täglich ertragen muß.

WTB. Roubaix, 2. April. Bei der Feier des 50. Gründungsjahrestages der hiesigen Textilarbeitergewerkschaft ist es zu Kundgebungen gekommen. Mehrere französische und belgische Redner nahmen unter freiem Himmel das Wort. Während der Rede Vanderveldes versuchten drei französische Kommunisten diesen zu unterbrechen und ihrerseits zu sprechen. Es kam zu einer Schlägerei, in welche die Polizei eingriff. 30 Personen sind mehr oder weniger schwer verletzt.

Aus Gewerkschaften und Betrieben.

Die Belegschaft der Schlesischen Kokswerke gegen den Wucher.

Am Montag, den 19. März, fand eine gutbesuchte Betriebsversammlung der Schlesischen Kohlen-Kokswerke im Saale des Hotels „Glückauf“ statt. Tagesordnung war: Stellungnahme gegen den Preiswucher im oberen Revier. Zu dieser Versammlung waren die Vertreter der Gewerkschaften und die Vertreter der Behörden und der Geschäftswelt der umliegenden Ortschaften eingeladen, die leider nicht erschienen. Nachdem Genosse Brendel uns an einigen Beispielen enorme Preiserhöhungen zeigte, erhielt Kollege Müller das Wort zur Tagesordnung. An Hand von reichhaltigem Zahlenmaterial wies er nach, daß die Preise bei einem Dollarstand von 50 000 Mark niedriger waren als jetzt bei einem Dollarstande von 20 000 Mark. Er wies darauf hin, daß die Versammlung kompetent sei, ein Forum zu schaffen gegen den Preiswucher, da die Wuchergerichte mit den verhängten Strafen gegenüber dem vorher erwucherten Gelde den Wucher nicht bekämpfen und die Arbeiter daher zur Selbsthilfe schreiten müssen. Genosse Ulrich wies auf den zu gründenden Kontrollausschuß hin, bezeichnete die Preisprüfungskommissionen als leere Phrase und forderte von seiten der Behörden und Gewerkschaften Anerkennung des Kontrollausschusses. Daraufhin erhielt Kollege Becker aus der Bezirksleitung des Bergarbeiterverbandes das Wort, der versuchte abzubremsen, indem wir uns nichts versprechen sollen und uns durch den Kontrollausschuß das Vertrauen der Arbeiter zu untergraben. Er meinte, daß zuerst bei der Kohlensteuer angefangen werden müsse abzubauen, konnte uns aber auch nur den Rat geben, auf die Preistafeln und deren Aushängung in Geschäften zu achten.

Nach einer längeren Diskussion, in welcher sich noch einige SPD.-Genossen untereinander stritten wurde folgende Entschließung angenommen:

„Die am 19. März im Hotel „Glückauf“ stattgefundene Betriebsversammlung erhebt ganz entschieden Protest gegen den Wucher von Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen. Sie sieht sich veranlaßt, durch Kontrollausschüsse dagegen einzuschreiten. Der Magistrat von Gottesberg und die Gemeindevorstände von Ober-Hermsdorf, Fellhammer, Alt- und Neu-Lässig werden ersucht den in Tätigkeit befindlichen Kontrollausschüssen auf jede Art und Weise behilflich zu sein, sie mit Ausweisen zu versehen, damit dieselben sofort bei wucherischen Manipulationen eingreifen können. Wird ein Fall von Wucher entdeckt, so wird die Belegschaft der Viktorgrube durch ihre Kontrollausschüsse sofort geeignete Maßnahmen ergreifen. Die heute stattfindende Versammlung gelobt, stets bereit zu sein, die aus ihrer Mitte gewählten Kontrollausschüsse tatkräftig zu unterstützen.“

Belegschaftsversammlung der Konsol. Fuchsgrube.

Am Sonnabend, den 17. März, fand eine Belegschaftsversammlung der Cons. Fuchsgrube statt. Kamerad Reichel gab Bericht von der Verteilung der gesammelten Gelder für die Invaliden. Kamerad Honisch gab bekannt, daß die Direktion verlange, daß am Ostersonnabend wegen Reparaturen gefeiert werden soll, und diese Schicht an einem Sonntag verfahren werden soll. Es ist auch hierbei zu bemerken, daß die Werksleitung verlangt, daß Karfreitag gefeiert wird. Es wurde dann beschlossen, daß, wenn am Ostersonnabend gefeiert wird, diese Schicht am Karfreitag verfahren wird.

Weiter gab Kam. Honisch bekannt, daß die Direktion auf dem Standpunkt eines L o h n a b b a u e s steht. Hierbei sollen an erster Stelle die Invaliden, älteren Kameraden und die Schlepper in Frage kommen, indem diesen der Gedingelohn weggenommen wird, und nur der Schichtenlohn gezahlt wird. Weiter sollen die Hinterbliebenen der zu Tode Verunglückten auf Drängen der Betriebsräte eine ausreichende Unterstützung erhalten.

Es erhalten dieselben nach Vereinbarung einen Betrag von 12 Hauerlöhnen, die mit der Steigerung der Löhne auch steigen.

In der Diskussion entspann sich eine lebhafte Debatte über die Betriebsrätewahlen, wobei auch durch Angriffe die Christlichen auf den Plan gerufen wurden, und ihre Organisation verteidigten. Weiter wurde vom Kameraden Seilig scharf gegen das Vorgehen der Direktion protestiert, weil dieselbe die Löhne abzubauen gedenkt. Wenngleich es zu verwerfen ist, daß dieses Gedingesystem, das zum Teil die Arbeiter mit in den Tod treibt, noch länger bestehen bleibt, so ist hierbei aber doch zu berücksichtigen, daß dieses Vorgehen nur gegen einzelne Lohngruppen gerichtet ist, und deshalb zur Unzufriedenheit führt. Weiter wurde zu den überhand nehmenden Unfällen Stellung genommen, und hierbei trat zutage, daß gerade die Fuchsgrube auf diesem Gebiet auch von diesen am schwersten mit betroffen wird. Folgende Resolution wurde angenommen:

„Die heute versammelten Belegschaftsmitglieder protestieren aufs schärfste gegen die überhandnehmenden Unfälle, welche zum größten Teil zurückzuführen sind auf die mangelnde Holzversorgung. Wir fordern deshalb, daß den Betriebsräten mehr Recht zugesichert wird, daß selbige mehr Kontrolle über die nötigen Sicherheitsmaßnahmen haben. Wir werden nicht eher ruhen, bis diesem Raubbau an Menschenleben Einhalt geboten ist!“

Die Versammlung hinterließ bei allen Teilnehmern den Eindruck, daß die Unternehmer sich außerordentlich stark fühlen und zur Offensive gegen das Proletariat (Lohnabbau) übergehen, und daß es höchste Zeit ist, daß die Arbeiter aufstehen und den Kampf mit der Ausbeuterklique aufzunehmen.

Deutscher Baugewerksbund Bezirksverein Waldenburg.

In einer überfüllten Versammlung im Gasthof „Zum Edelstein“ nahmen am 28. März die Bauarbeiter Stellung zu der ablehnenden Haltung der Unternehmer. Zum ersten Punkt: Ueberblick über die gegenwärtige Lage im Baugewerbe, referierte Kollege O t t o vom Hauptvorstand. Er führte aus, daß die Bautätigkeit in der Vorkriegszeit eine gute war, da ja von privatkapitalistischer Seite genügend Mittel zur Verfügung gestellt wurden, was aber jetzt nicht mehr der Fall ist. Das Kapital gibt keine Gelder mehr her, der Wohnungsbau liegt nur in den Händen der Treuhand- und Regierungsstellen und dort herrscht solch eine bürokratische Einstellung, daß bedeutend weniger Wohnungen fertiggestellt werden können als eigentlich vorgesehen waren. Dadurch wächst die Arbeitslosigkeit ins Unendliche. Trotzdem der Referent zugab, daß für Waldenburg die Lage für einen Streik günstig sei, warnte er die Kollegen vor einem übereilten Schritt, man solle nur noch etwas warten. Kollege B a r z i k gab noch einen Bericht über die bis jetzt gepflogenen Verhandlungen. Da auch die Unternehmer den Spruch des Schlichtungsausschusses abgelehnt hatten, sei von der Bezirksleitung der Demobilmachungskommissar zwecks Verbindlichkeitserklärung angerufen worden. Wie frech die Unternehmer sind, zeigt die Haltung der Firma Natsch und Geltike. Diese bietet ihren Arbeitern einen Stundenlohn von 600 Mark. Höher geht die Gemeinheit dieser Gesellschaft nicht mehr. Kollege F r a n z unterzieht die Ausführungen einer scharfen Kritik und bemängelt die Stellung des Hauptvorstandes zu den bisher geführten Kämpfen. Nicht warten, bis die Arbeiter mutlos und gleichgültig werden, sondern sofort und rücksichtslos den Kampf gegen die Gesellschaft aufnehmen. Die Versammlung stand einmütig für den Streik. Verschiedene Anträge gingen ein auf sofortigen Streik. Da aber das Resultat der Verbindlichkeitserklärung noch nicht bekannt war, wurde folgender Antrag angenommen: Wird der Schiedsspruch nicht für rechtsverbindlich erklärt, so wird Dienstag nach den Feiertagen geschlossen in den Streik getreten. G.

Schlesische Textilwerke Landeshut.

Zu wiederholten Beschwerden Anlaß gegeben hat das Verhalten des Spinnereiaufsehers Breiter, beschäftigt in der Spinnerei Schlesische Textilwerke (Abteilung Gubner). Die Arbeitsmethoden, welche gerade in diesem Betriebe, trotz der vorhandenen Schwierigkeiten (schlechtes Material, verlotterte Maschinen) auf Befehl des Spinnereileiters Teichmann eingeführt werden sollen, müssen den schärfsten Widerstand der dort Beschäftigten auslösen. Wenn schon die Betriebsleitung, wir wollen annehmen aus mangelnder, praktischer Erfahrung, Unmögliches durchzuführen sich anschickt, wäre es Pflicht des praktisch ausgebildeten Angestellten, wie Breiter zu sein vorgibt, dagegen Front zu machen. Er käme deswegen noch lange nicht in den beängstigenden Verdacht der Freundschaft mit den Arbeitern. Denn dies scheint bei der Firma Schles. Textilwerke in allen Betrieben ein schweres Odium der Belastung zu sein. Statt sich durch offenes Auftreten bei unmöglichen Zumutungen von oben das Zutrauen der Arbeiterschaft zu sichern, glaubt Breiter im Sinne seines Herrn und Meister handeln zu müssen. Das muß selbstverständlich eine Stimmung auslösen, welche nicht angenehm empfunden werden wird. Als ein Arbeiter außerhalb des Fabrikhofes denselben wegen der ungehörigen Behandlung zur Rede stellte, hatte derselbe nichts Eiligeres zu tun, den Vorfall der Betriebsleitung zu melden, welche auch bald die Entlassung des Sünders bewirkte. Wir fragen, wie lange noch wollen die Arbeiter und Arbeiterinnen sich diese unwürdige Behandlung durch die Betriebsleitung und ihre Trabanten a la Breiter gefallen lassen? Und wie stellen sich die gleich Breiter im Deutschen Volksbunde vereinigten Deutschösterreicher zu dem Verhalten eines zum Gauleiter im Deutschen Volksbund gewählten Breiter? Ist das der Schutz, der Ausländern im Volksbund gegen unwürdige Behandlung und Entrechtung in Deutschland gewährt wird?

U. A. w. g.

Sie lügen wie die Teufel und schwindeln aus Prinzip

nämlich die Bonzen im Waldenburger Revier. Auf der Revierkonferenz am 18. März, über welche die „Schles. Arb.-Ztg.“ bereits berichtet hat, richtete der Bezirksleiter Becker in seinem Schlußwort schwere Vorwürfe gegen die Betriebsräte der Schlesischen Kohlen- und Kokswerke. Er glaubte, durch diese Demagogie die achte Stunde zu retten. Aber alle Kraft war umsonst. Die achte Stunde fiel.

Die Betriebsräte senden uns folgende Zuschrift, durch die das Verhalten des Bezirksleiters ins rechte Licht gerückt wird. Die Zuschrift lautet:

Becker vom Bergarbeiterverband und Beerbaum von den Christlichen erlauben sich, folgende Lüge aufzustellen: Auf den Schlesischen Kohlen- und Kokswerken werden alle Sonnabende Förderschichten verfahren, wo die gesamte Frühschicht abends wiederkommt. Als wir dies durch Zwischenrufe als gemeinen Schwindel hinstellten, erlaubte sich Bezirksleiter Hoffmann dies mit folgender Lüge zu bekräftigen, er habe in Alt-Lässig am Sonntag, dem 11. März in einer Zahlstellenversammlung gesprochen, und dort habe ihm die Zahlstelle erklärt, daß Förderschichten nachts verfahren werden. Davon hatte keiner Wort einen Faden ab. Auf Befragen des Zahlstellenleiters von Alt-Lässig, ob dies in der Zahlstellenversammlung gesagt worden sei, erklärte er, kein Mensch könne dies behaupten, viel weniger Hoffmann, auch die anderen Kameraden, welche in derselben Versammlung waren, erklären, es sei eine Lüge. Somit haben sich die Bezirksleiter Becker und Hoffmann vom Bergarbeiterverband und Beerbaum von den Christlichen zu ganz gemeinen Lügnern gestempelt. Kameraden seht euch die Herren genau an und helft ihnen auf den Weg zur Wahrheit. Es erweckt nun endlich den Anschein, als ob sie uns schon manches Mal belogen haben zugunsten der Unternehmer. Dem Schwindelmanöver wollen wir die Wahrheit gegenüberstellen. Wahr ist, daß auf Viktorgrube die gesamte Frühschicht n i e m a l s Sonnabendnacht zum Fördern bestellt worden ist. Es sind nur soviel Leute bestellt worden, als notwendig zu Zimmerlingsarbeiten gebraucht wurden. Da doch Sonnabends sehr viel Leute feiern, mußten sie durch Leute aus der Frühschicht ersetzt werden. Ein Beweis zur Aufklärung: an allen fünf Arbeitstagen werden rund je Schicht 1500 Schichten verfahren und am Sonnabend, wo Leute aus der Frühschicht bestellt waren, nur 1450 Schichten, also steht fest, daß mehr gefeiert wurde als wieder bestellt wurden. Noch genaueres Material hat bereits Bezirksleiter Becker schon in der Hand. Dies trifft auch für den Betriebsvorsitzenden von „Glück-Hilf“-Friedenshoffnung zu, welcher seine ins Wanken geratene Stellung dadurch zu festigen suchte, daß er die Lügenmärchen von Becker und Genossen vor seiner Belegschaft nachäffte und noch etwas ausschmückte.

Die Bergarbeiter werden wissen, was sie von jenen durchsichtigen Lügen zu halten haben. Sie werden Herrn Becker und seinen Kumpanen bei nächster Gelegenheit ihr Verhalten quittieren.

Oeffentliche Anfrage an die Spitzenorganisationen der Eisenbahnerverbände. DEV. — ODV. und ADB.

Die Eisenbahn-Handwerker und -Arbeiter sind von jeher eine der schlechtbezahltesten Gruppen der Arbeiterkategorien, deren Einkommen bei weitem nicht zum Lebensunterhalt ausreichte. Trotz des festen Zusammenschlusses der Eisenbahner in der Nachkriegszeit in Eisenbahner-Gewerkschaften, wovon der größte Teil dem DEV. als Klassenkampforganisation angehört, sind diese durch die immer wieder zu geringen Lohnaufbesserungen, die mit der fortwährend unerhörten Steigerung der notwendigen Lebens- und Bedarfsartikel nicht Schritt halten, immer mehr ins Elend geraten.

Am 1. Februar d. J. wurden die Löhne nach Verhandlungen der Spitzenorganisationen — Verhändler Scheffel DEV. — mit dem Reichs-Verkehrsministerium für Handwerker und Arbeiter wiederum zu gering aufgebessert. Lohngruppe I, die bestbezahlten, erhalten ab dieser Zeit einen Stundenlohn von 835 Mark, Lohngruppe V 759 Mark und weiter gestaffelt bis Lohngruppe VII einen Stundenlohn von 743 Mark. Lohnaufbesserungen für die zweite Hälfte Februar sowie die geplante Lohnforderung für Monat März wurden, wie bekannt, von dem RVM. und der Reichsregierung abgelehnt mit der Begründung, es komme jetzt der große Preisabbau. Die Gewerkschaftsführer als Verhändler gingen getröstet nach Hause und hatten die Aufgabe, die geprellten Eisenbahner zu beruhigen. Der Preisabbau erfolgte aber nicht, sondern die notwendigen Bedarfsartikel steigen immer wieder im Preise, die Verelendung der Eisenbahner wird immer größer. Die Privatarbeiter erhalten von ihren kapitalistischen Arbeitgebern noch lange nicht den Lohn, um mit ihren Familien menschlich existieren zu können, doch stehen die Eisenbahner mit ihren Löhnen 700 Mark pro Stunde unter diesen Arbeitern der Privatwerke.

Nach einem Erlaß des RVM. sollen die Eisenbahner in den Bezirken, wo sie im Lohn unter den Privatarbeitern stehen, durch Ortslohnzulagen dementsprechend aufgebessert werden. Es ist zu bewundern, daß die Bezirksleitung des DEV. nicht davon Gebrauch macht und in Verhandlungen eintritt. Die Mitglieder sind der Auffassung, daß den Gewerkschaftsführern jeglicher Kampfesgeist fehlt, oder sie scheinen die Not der Eisenbahner nicht zu kennen.

Die Mitglieder des DEV. fragen hiermit an:

1. Wann wird die Bezirksleitung des DEV. sich mit denen der anderen Organisationen in Verbindung setzen und diese Ortslohnverhandlungen bei der RBD. Breslau beginnen?
2. Wann werden die Spitzenorganisationen endlich einmal mit dem RVM. und der Reichsregierung ein ernstes Wort sprechen und durch konsequentes Verhandeln für die Eisenbahner eine solche Lohnzulage beschaffen, daß sie mit ihren Familien ihr Leben notdürftig fristen können?

Nicht von schönen Worten werden die Eisenbahner satt, sondern sie wollen Taten sehen. Sie sind nicht mehr gewillt, ihr einziges Vermögen, ihre Arbeitskraft, für solch geringe Verzinsung wie bisher zugunsten des Kapitals hinzugeben. Sie fordern von den Spitzenorganisationen — dem DEV. als Klassenkampforganisation besonders — eine sofortige, der Teuerung entsprechende, ab 15. Februar rückwirkende Lohnerhöhung bei der Reichsregierung zu fordern, im Ablehnungsfalle ihr den Kampf anzusagen und die Eisenbahner dazu aufzurufen. Die Eisenbahner warten auf den Ruf der Gewerkschaftsführer, sie sind bereit zu kämpfen für ihre gerechte Sache. Finden aber diese Führer nicht den Mut, dann sollen sie ihren Platz räumen und diesen für wirklich ehrliche Kämpfer freimachen.

Baldige Antwort tut Not!

Paul George

Mitglied des Bez.-Betriebsrates der Reichseisenbahndirektion Breslau.

Warnung vor dem Schuhmacherberuf.

Vom Zentralverband der Schuhmacher wird uns geschrieben:

„Mit der Schulentlassung der Jugend zu Ostern werden die Eltern wieder vor die schwierige Frage gestellt, was laß ich meine Kinder lernen, welcher Beruf ist der geeignetste, der unter den heutigen Verhältnissen Aussicht auf Beschäftigung und Vorwärtskommen verspricht? Da die Erlernung eines Berufes in den meisten Fällen die Existenz für das spätere Leben bilden soll, ist es notwendig, sich mit den Verhältnissen vertraut zu machen.

Durch die starke Konkurrenz der technisch hochentwickelten Schuhindustrie wird das Schuhmacherhandwerk vollständig aufgesogen. Die Zahl der s e l b s t ä n d i g e n arbeitslosen Schuhmacher ist seit Jahren außerordentlich groß, nur wenige davon konnten Aufnahme in der Schuhindustrie finden, da die fachlichen Kenntnisse des Handwerks für die Schuhindustrie nicht erforderlich sind. Die Aussicht eines Gehilfen im Schuhmacherhandwerk, leben zu können, wird immer geringer, da die Zahl der Meister, die Gehilfen beschäftigen, ganz unbedeutend ist.

Von den 1100 selbständigen Schuhmachern, die zum großen Teil ein trauriges Dasein fristen, beschäftigen nur noch 60 Meister Gehilfen.

Wir warnen daher die Arbeitereltern, ihre Kinder das Schuhmacherhandwerk lernen zu lassen, da jede Voraussetzung für den Erfolg genommen ist.“

Sieg der kommunistischen Holzarbeiter in Braunschweig.

Bei der Wahl zum Verbandstag der Holzarbeiter wurde von seiten der Opposition unser Genosse Paul S i e m e r als Delegierter gewählt. Unser Genosse erhielt 8 0 0 Stimmen, der Kandidat der VSPD. nur 4 0 0.

Auch der Verkehrsbund soll zertrümmert werden.

Dem Vorsitzenden des Deutschen Verkehrsbundes, S c h u m a n n, der noch vor einem Jahre erklärte, daß in seiner Organisation die Kommunisten nicht ausgeschlossen werden, lassen die Taten der Paeplow und Scheffel keine Ruhe. Wie in den anderen Organisationen, so zeigt sich auch im Verkehrsbund bei den jetzt stattfindenden Ortsverwaltungswahlen, daß die Opposition immer mehr an Einfluß gewinnt. So wurde auch bei der Sektion der Handelshilfsarbeiter in Stuttgart eine oppositionelle Ortsverwaltung gewählt. Die Amsterdamer sehen ihre Position gefährdet, darum erhielt die neue Ortsverwaltung im Auftrage des Bundesvorstandes von der Bezirksleitung Württemberg die Mitteilung, daß die Wahl der Sektionsleitung und der Delegierten zur Generalversammlung für ungültig erklärt und die frühere Sektionsleitung aufgefordert wird, die Geschäfte weiterzuführen. Der Bundesvorstand des DVB. pfeift auf das Selbst- und Mitbestimmungsrecht und auf die Demokratie in der Organisation, er geht diktatorisch gegen alle vor, die politisch einer anderen Auffassung sind als er.

Daß nicht nur die Opposition, sondern auch die Amsterdamer ihre Vorschläge zur Sektionsleitung und der Generalversammlungsdelegierten in Fraktionssitzungen gemacht haben, geht aus einem an alle sozialdemokratisch orientierten Kollegen gesandten Schreiben hervor. Dieses lautet:

Deutscher Verkehrsbund.
Bezirksverw. Württemberg
Stuttgart, Eßlingenstraße 19.

Stuttgart, 26. Febr. 23.

Vertraulich! Vertraulich!

Werter Kollege!

Voraussichtlich findet nächste Woche die Generalversammlung für die Abteilung der Handelsarbeiter statt, in welcher die Abteilungsleitung sowie die Generalversammlungsdelegierten neugewählt werden. Verschiedene Vorkommnisse in der letzten Zeit, besonders in den letzten Wochen, machen es geradezu zur Pflicht, dem organisationsschädigenden Treiben verschiedener Kollegen einen Damm entgegenzusetzen. Zu diesem Zweck findet am Mittwoch, den 28. Februar, abends 7½ Uhr, eine Besprechung statt, zu welcher wir Dich einladen und Dich dringend ersuchen, unter allen Umständen an derselben teilzunehmen.

Mit dem Ersuchen, das Schreiben als vertraulich zu behandeln und Deinem Erscheinen bestimmt entgegensehend, zeichnet mit kollegialem Gruß

I. A.: H. Stiebel.

Diese Einladung wurde im offiziellen Kuvert des Verbandes verschickt. Die Kosten der Fraktionsarbeit der Amsterdamer müssen also von den Mitgliedern getragen werden, denen jetzt die Schumann und Genossen das Mitbestimmungsrecht in der Organisation rauben wollen.

Die Ausschlüsse der oppositionellen Kollegen im Verkehrsbund, die Nichtbestätigung der Sektionsleitung der Stuttgarter Handelsarbeiter zeigen mit aller Klarheit die großen Gefahren, die durch die Handlungsweise des Hauptvorstandes im Verkehrsbund heraufbeschworen werden. Die Mitglieder des Verkehrsbundes müssen auf der Hut sein, müssen die Gefahren erkennen, ihren Verband vor der Zersplitterung schützen und dafür eintreten, daß das Mitbestimmungrecht und die Demokratie in der Organisation gewahrt bleiben.

Rote Hilfe. Beim Bezirkskomitee gingen weiter ein: Ortsgr. Koßenau 50, Ortsgr. Linda, Oeffentl. Versig., 842, Arthur Müller, Breslau, 1000, Ortsgr. Greiffenberg 2550, Ortsgr. Reichenbach 1850, Ortsgr. Fellhammer 1000, Ortsgruppe Freiburg (Sobodt u. Wehls) 1000, Marie Mai 2000, Ortsgr. Breslau, Ver. Erg. 150, Ortsgruppe Breslau, Gen. Namroth, 500, Ortsgr. Märklissa, Oeffentl. Versig., 4859, Ortsgr. Friedeberg a. Qu. 1140, Ortsgr. Schosdorf 1850 Mark.

Rote Hilfe, Bezirkskomitee Schlesien.

Breslau. Lokales.

Mitgliederversammlung der KPD.

In der gut besuchten Mitgliederversammlung im großen Saal der Wratislawia gab Genosse Elsnder einen ausführlichen Bericht über den 6. Bezirksparteitag, worüber sich eine große sachliche Debatte entspann, die in den Diskussionsabenden weiter fortgeführt werden soll.

Ueber den Stand der Errichtung einer Ortsgruppenbibliothek berichtet Genosse Müller und machte konkrete Vorschläge zur Anschaffung derselben. Beschlossen wurde, jedes männliche Mitglied zahlt einen einmaligen Beitrag im Monat April von 1500 Mk., jedes weibliche Mitglied einen solchen von 500 Mk. Parteimitglieder, die dazu nicht in der Lage sind, können in monatlichen Raten bezahlen, sodaß in 4 Monaten dieser Betrag beglichen sein muß. Nach einigen internen Angelegenheiten schloß der Vorsitzende die Versammlung mit dem Wunsche, daß alle Parteimitglieder ihre ganzen Kräfte einsetzen müssen, um das gesteckte Ziel zu erreichen. M.

Diskussionsabend, Montag, den 9. April, abds. 7 Uhr, im Parteibüro, Nikolaistr. 49/50, Diskussionsabend des Bildungszirkels. Alle rednerisch befähigten Genossen und Genossinnen sowie alle Bezirks- und Ortsleitungsmitglieder haben daran teilzunehmen.

Achtung Distriktsführer. Alle Distriktsführer erscheinen am Sonnabend, den 7. April, abends 8 Uhr, mit den Mitgliedsbüchern ihres Distrikts zwecks Bücherkontrolle. Dazu sämtliche Ortsleitungsmitglieder. Die Ortsleitung.

Dittersbach. Ein feiner Hauswirt ist Herr Schölzel, der die Häuser Dittersbach Nr. 202 und 203 besitzt. Seit 1915 sind die Aborte in diesen Häusern in völlig unbrauchbarem Zustande. Immer, wenn die Reparatur derselben gefordert wurde, tröstete der Herr die Mieter damit, früher, als nur ein Abort für alle Bewohner dagewesen sei, sei es auch gegangen. Allerdings hat er für sich und seine Familie einen besonderen Abort. Den Proleten in seinem Hause mutet er aber zu, die zerfallenen Aborte zu benutzen. Daß dieser Herr vor Frömmigkeit und christlicher Nächstenliebe strotzt, sei nur nebenbei erwähnt. — Die Arbeiter müssen energischen Druck dahinter machen, daß der Herr einmal etwas mehr praktische Nächstenliebe betätigt.

Gottesberg. Die Tagesordnung der Stadtverordnetensitzung am Donnerstag, den 22. März hatte 18 Vorlagen und glich einem reichhaltigen Speisezettel, wie sich der Stadtverordnetenvorsteher Welzel ausdrückte. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde der Antrag der „Schles. Arb.-Ztg." auf Anweisung eines Presseplatzes für ihren Berichterstatter bekannt und demselben stattgegeben. Stadtverordneter Gen. Pohl wünscht Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen an Plakatsäulen und begründet dies mit dem Hinweis, daß viele nicht mehr in der Lage sind, die Zeitung mitzuhalten. Stadtverordnetenvorsteher Welzel entgegnete, der hohen Kosten wegen müsse es bei Aushang im Rathaus und Insertion in zwei Zeitungen bleiben. Zu Punkt 1, Wahl eines Ausschusses auf Grund des Gesetzes vom 10. Februar 23 (Betrifft mit Grundstücken) wurden auf seiten der Hausbesitzer gewählt: Schuhmachermeister Lax, Fleischermeister Stöhnel und Kaufmann Julisburger, für die Mieter: Lehrer Pfeiffer, Geschäftsführer König und Berghauer Büttner. An Entschädigung für den Schulleiter der weltlichen Sammelklassen wurden 40 000 Mark als Jahressumme und dem Schulleiter der höheren Schule 100 000 Mark bewilligt. Gen. Pohl übte Kritik an dem Unterschied und betonte, was für den Leiter der höheren Schule gilt, kann auch dem der weltlichen Schule gelten. Zur Beschaffung von Lehr- und Lernmitteln für bedürftige Kinder wurden der ev. Schule 30 000 Mk., der kath. Schule 20 000 Mk., der Koblauer Schule 4000 und für die weltliche Schule 10 000 vom Stadtv. Glatthor befürwortet und von der Versammlung bewilligt, weil ab Ostern die Belieferung aus dem Freiexemplarfonds eingeschränkt wird. 200 000 Mk. wurden bewilligt zur Errichtung einer Hilfsbücherei für minderbemittelte Schüler der höheren Schule. Bei der Verpachtung des Rathausrestaurants entspann sich eine längere Debatte, in der Genosse Pohl auf den seinerzeit gefaßten Beschluß der Stadtverordneten mit 12 gegen 8 Stimmen hinwies, nach welchem das Restaurant als Versammlungsraum für die Jugend freigegeben werden sollte, dieser Beschluß aber wieder jetzt rückgängig gemacht wird, da das Lokal als Jugendheim den baupolizeilichen Verfügungen nicht entspricht. Zu Punkt 10, Aufhebung der Ankündigungssteuerordnung, forderte Genosse Pohl Aufhebung der Grammophonsteuer. Hiermit wird sich der Magistrat befassen. Der Bergkapelle wurde eine Subvention von 50 000 Mk. und 30 000 Mk. für Ausarbeitung der Chronik von Gottesberg bewilligt. Die Hundesteuer wurde für den ersten Hund auf 3000 Mk., den zweiten auf 5000 Mk. und den dritten Hund auf 10 000 Mk. erhöht. Bei Bildung einer Kunstkommission zeigten recht deutlich die Stadträte Werner und Scholz ihr Verständnis für Kunst, indem sie sich gegen die Kommission aussprachen, zumal doch die Kommission durch Einwirkung von Steuerermäßigung zur Verbilligung der Eintrittspreise usw. beitragen soll.

Langenbielau. Oeffentliche Versammlung der KPD. Am Sonnabend, den 24. fand hier eine gut besuchte öffentliche Volksversammlung statt. Genosse Hennig-Berlin, sprach über die weltpolitische Lage. Der Referent behandelte eingehend die Ursache allen gegenwärtigen Uebels und wies nach, daß die planlose kapitalistische Produktion die Ursache aller internationaler Konflikte ist. Genosse Hennig schilderte ferner die Ursachen der Ruhrbesetzung und die Wirkung derselben. Er kritisierte scharf die Einstellung des ADGB. zur Ruhrfrage und die Haltung der VSPD. zu den brennendsten politischen Tagesfragen. Der Redner lenkte die Aufmerksamkeit der Versammlung auf die faszistische Gefahr und das immer frecher werdende Treiben der Konterrevolutionäre. Das Proletariat müsse sich zur Abwehr gegen den Faszismus aufraffen und an allen Orten proletarische Selbstschutzorganisationen ins Leben rufen.

In der hierauf folgenden Diskussion wurde eine Resolution angenommen, die verlangt, daß die Partei mit den Gewerkschaften und der VSPD. in Verbindung treten müsse zwecks Bildung von Kartellausschüssen. Sollte die Antwort eine ablehnende sein, dann müßte die nächste öffentliche Versammlung das bisher Versäumte nachholen, und ohne diese Organisationen die Kontrollorgane schaffen. Gegner waren in der Aussprache nicht vorhanden, denn sie, unsere bekannten Größen am Orte, zogen es vor, in ihrem Parteiorgan, dem Proletarier aus dem Eulengebirge, eine wirkliche Schmutzkübelagitation zu entfalten, die aber letzten Endes doch unseren Interessen dient, und ihre erhofften Erfolge bedenklich schmälert. Mit einem Appell an die Versammlung, unter der Parole „Heran an die Massen" überall seinen Mann zu stellen, endete die gutbesuchte Versammlung mit einem Hoch auf die Weltrevolution, und unter Absingen der Internationale verließ die Menge den Saal.

— **Außerordentliche Mitgliederversammlung.** Um die revolutionäre Disziplin der Mitglieder auf die Probe zu stellen, rief die hiesige Ortsgruppe ohne Vorbereitung plötzlich eine Mitgliederversammlung ein. Der Erfolg war zufriedenstellend. Ein großer Teil der Genossen tat seine Pflicht. Leider glänzte auch ein Teil der Mitglieder, darunter auch Funktionäre, durch Abwesenheit.

Der Vorsitzende erinnerte vor Eingang in die Tagesordnung die Genossen an ihre kommunistischen Pflichten und wies ganz besonders darauf hin, daß die Genossen laut Parteitagsbeschluß verpflichtet sind, ihren Eintritt in die Produktiv-Genossenschaft zu vollziehen.

Genosse Müller gab einen ausführlichen Bericht über den Bezirks-Parteitag in Breslau, und schilderte besonders die Filmaufführung im großen Saale des Schießwerders, die auf alle Teilnehmer einen außerordentlich starken Eindruck gemacht habe. Die Versammlung drückte den Wunsch aus, diesen Film, den Gen. Müller mit großer Begeisterung geschildert hatte, auch einmal in Langenbielau aufgeführt zu sehen.

Der Vorsitzende der KJ. hat unter dem Punkt Verschiedenes die Jugendgenossen, ihr Vorhaben, demnächst im Kreise Frankenstein öffentliche Versammlungen abzuhalten, zu unterstützen. Genosse Reichel sagte ihm Unterstützung zu. Eine weitere Debatte rief das arbeiterfeindliche Verhalten des sattsam bekannten Geschäftsführers des Textilarbeiterverbandes Lang und dessen Einstellung zur nationalistischen Ruhrhilfe hervor. Lang hat neuerdings wieder Aeußerungen gemacht, aus denen hervorgeht, daß er die hiesige Arbeiterschaft, welche die Ruhrhilfe in ihrer überwiegenden Mehrheit ablehnt, provoziert. — Um 1½ Uhr wurde die Versammlung mit einer Tellersammlung geschlossen.

Landeshut. Bei den Auseinandersetzungen zwischen den Vertretern der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft und den hiesigen Fleischern anläßlich der Teuerungsbewegungen wurde die Schuld der gegenüber anderen Orten hier verlangten höheren Fleischpreise nicht genügend geklärt. Ein Teil machte immer den anderen dafür verantwortlich. Eine Senkung der Preise ist dabei aber nicht erreicht worden. Nun steht fest, daß in anderen Bezirken, Waldenburg, Breslau usw., die Preise für Fleisch- und Wurstwaren um 200—400 Mk. pro Pfund billiger sind als in Landeshut. Dasselbe trifft auch auf viele andere Bedarfsartikel zu. Aus diesem Grunde macht sich bereits wieder eine große Erregung unter der hiesigen Bevölkerung bemerkbar. Diese kann nicht behoben werden, wenn die maßgebenden Instanzen den Kopf in den Sand stecken. Nein! Es muß endlich einmal an der richtigen Stelle zugepackt werden. Da die von der Arbeiterschaft geforderten Kontrollausschüsse als „ungesetzlich" abgelehnt wurden, liegt die ganze Verantwortung für diese Zustände auf den gesetzlichen Organen, die das Volk vor Verarmung schützen sollen. Bei dieser Gelegenheit muß angefragt werden, was bei den dem Wuchergericht in Hirschberg vorgelegten Anzeigen herausgekommen ist, z. B. der Fall des Kohlenhändlers Seiler, welcher an ein und dieselbe Person am selben Tage vom selben Haufen die Kohle für 5300 Mark verkaufte, um 5 Uhr aber schon 9300 Mark verlangte. Es sind bereits einige Wochen seit der Meldung verflossen, irgendein Ergebnis über die Tätigkeit des Staatsanwalts aber noch nicht bekannt. Böse Zungen vermuten auch hier wieder ein stilles Begräbnis. Die berufenen Staatsorgane versagen, darum muß die Arbeiterschaft nachhelfen. Darum immer wieder die Forderung: Errichtung von Kontrollausschüssen durch Arbeiter, Angestellte und Beamte.

— **Wie der „Preisabbau" in Wirklichkeit aussieht!** Nach einer amtlichen Feststellung für die Stadt Landeshut sind gegen den Vormonat die Preise bei nur 9 Bedarfsartikeln um zirka 13 Prozent gesunken, dagegen bei 15 Artikeln um über 30 Prozent gestiegen, während 6 Artikel stabil im Preise geblieben sind. Vom Sinken des Dollarkurses, dem soviel besprochenen Wiederbelebungsprozeß will kein Händler jetzt noch etwas wissen.

Schömberg bei Liebau. Am Mittwoch, den 14. März, fand in Schömberg eine Versammlung, veranstaltet von der K.J. statt. Referent war Genosse Gotthard Hoffmann-Breslau. Um 8 Uhr eröffnete J.-Genosse Raabe die Versammlung. J.-Genosse Gotthard Hoffmann sprach über das Thema: „Ruhrbesetzung und Antimilitarismus." In temperamentvoller Weise schilderte er den Anwesenden die heutige Lage im Ruhrgebiet und den Kampf des Proletariats um seine Existenz. Er kam dann auf die einzelnen Länder zu sprechen und gab ein klares Bild, wie die kapitalistische Gesellschaft gegen das Proletariat arbeitet. Daraus ergab sich eine lebhafte Diskussion. Ein altes SPD.-Mitglied mußte den Ausführungen unseres Jugendgenossen voll und ganz beipflichten. Dann gab J.-Genosse Raabe eine Aufklärung über Ziele und Wege der K. P. Danach meldete sich ein kleiner Holzhändler. Dieser zog ganz gewaltig gegen die Juden vom Leder, was die Heiterkeit der Versammlung erregte. Er behauptete nämlich steif und fest, daß nur der Jude an unserem heutigen Elend schuld ist. Gen. Raabe und Gen. Hoffmann überzeugten ihn jedoch eines besseren, und er gab zum Schluß klein bei. Im Schlußwort forderte Gen. Hoffmann die Anwesenden auf, sich der KP. und KJ. anzuschließen. Wir hatten einen schönen Erfolg in dem schwarzen Neste Schömberg. Es ließen sich am selben Abend neun Jugendgenossen und -genossinnen aufnehmen.

Groß-Kniegnitz. Oeffentliche Volksversammlung. Am Karfreitag fand hier eine öffentliche Volksversammlung statt. Genosse Dombrowski-Breslau referierte über Ruhrbesetzung und Faszismus. Die Versammlung endete mit einem guten Erfolg für die Partei. Es wurden vier Mitglieder gewonnen und 6780 Mk. durch Tellersammlung eingenommen. Die VSPD.-Anhänger, obwohl zahlreich vertreten, meldeten sich nicht zu Wort. Dem sozialdemokratischen Blatt, das uns wegen Ausfall einer Versammlung angepöbelt hatte, wurde der Beweis geliefert, daß die KPD. auch hier fortschreitet.

Klodnitz. Ein Vorfall in der Coseler Cellulosefabrik am 15. März 1923. Ein jugendlicher Arbeiter, der von den älteren Hitlerbanden aufgestachelt wurde, versuchte dauernd unsere Genossen zu provozieren und der Jugendliche erhielt seine wohlverdiente Strafe. Unser Genosse wurde dem Direktor gemeldet und dieser verurteilte ihn zu einer Strafe von vier Stundenlöhnen. Der Betriebsobmann, der sich der Sache annahm, versuchte mit dem Direktor über den Fall zu verhandeln. Der Direktor jedoch lehnte dies ab. Daraufhin erklärten sich die Arbeiter der Anlage II mit dem Gemaßregelten solidarisch und forderten von der Verwaltung, daß sie die Strafe zurücknehme. Aber die Verwaltung verharrte auf ihrem Standpunkt. Der Betriebsleiter Lenz provozierte die Arbeiterschaft weiter und schlug sogar einen Arbeiter mit einem Totschläger ins Gesicht. In diesem Augenblick stürzten sich die Arbeiter auf den Betriebsleiter, der nun die Arbeiterfäuste zu spüren bekam. Die Hitlerbanditen kamen aber zu spät. Der Führer äußerte noch: „Schade, daß wir zu spät kamen!" Aus diesem Vorfall ersieht man, daß er von seiten der Direktion vorbereitet war. Das Ende kam noch: Drei Arbeiter wurden wegen versuchtem tätlichen Angriff und Aufruhr fristlos entlassen. — Und so was glaubt man der Arbeiterschaft heute noch bieten zu können. Es ist höchste Zeit, daß auch die Arbeiterschaft in Klodnitz erwacht, daß sie zur Gründung des proletarischen Selbstschutzes schreitet und den nationalistischen Provokateuren das Handwerk legt.

— **Pfarrer Richter will lieber Prolet werden**, weil er als Prolet besser lebt denn als Pfaffe. Diese Worte gebrauchte er in einer Predigt in der Kirche.

Am 21. März d. J. starb ein Arbeitskollege von den Coseler Cellulose- und Papierfabriken A. G. Derselbe war seit zwei Monaten krank und bezog eine Krankenunterstützung von täglich 900 Mark. Was soll sich ein Prolet für 900 Mark täglich kaufen? Pfarrer Richter verlangte von den Hinterbliebenen, die nicht einmal ein Stückchen Brot in der Küche hatten, 42 900 Mark für die Beerdigung (auch eine christliche Nächstenliebe). Die Frau des Verstorbenen ist vor dem genannten Pfarrer auf die Knie gefallen. Er sagte aber ganz trocken: „Weil sie eine arme Frau ist, hat er ihr schon billig berechnet. Was nimmt der Pfarrer denn, wenn ein Bürgermeister oder Landrat stirbt?

Ober-Salzbrunn. Deutschnationaler Rummel bei der am 26. März im Preußischen Hof stattgefundenen Schulentlassungs-Feier. Während im ersten Teil der Veranstaltung volkstümliche Lieder und Gedichte in schlesischer Mundart vorgetragen wurden, folgte im zweiten Teil das Wilhelm-Tell-Stück. Hier mußte man bemerken, daß man von Seiten der Leiter versucht hatte, dem Stück etwas nationales Empfinden einzuschmuggeln. Dann kam der beste Teil. Um den nationalen Gefühlen freien Lauf zu lassen, wurde von einzelnen Lehrern Deutschland, Deutschland über alles angestimmt, und die Anwesenden zum Mitsingen aufgefordert. Das „schöne" Lied „brauste" durch den Saal. Aber auf einmal kam ein anderer Text und eine andere Melodie in den treudeutschen Gesang und gleichsam ertönte die Internationale. Die Veranstalter der Feier bekamen lange Gesichter und man gab sich die größte Mühe, die Sänger der Internationale nieder zu brüllen. Aber die nationalen Helden mußten einsehen lernen, daß Arbeiterkehlen durchdrücken können. Nach Absingen der Internationale entstand großer Lärm unter den Bürgerlichen, man beschwerte sich über die Frechheit der Kommunisten. Von unseren Genossen wurden die Anwesenden darauf hingewiesen, daß man sich in Zukunft die jungen Lehrer genauer ansehen muß, die wohl die Gehaltszahlung von der Republik annehmen, aber am liebsten sähen, wenn die Monarchie ans Ruder käme. Die in Frage kommenden Lehrer wurden auch unsererseits gebührend zur Rede gestellt. In der Schule will man den monarchistischen Geist den Kindern schon beizeiten beibringen, darum, Proletariereltern, seid auf der Hut. O.

Oppeln. Mietpreise für möblierte Zimmer. Nach der Errechnung des hiesigen Mieteinigungsamtes stellt sich ein einfaches möbliertes Zimmer, das im Frieden 20 Mk. monatlich kostete, auf 5310 Mk. monatlich mit Bettwäsche und Handtücher. Ohne Bettwäsche und Handtücher auf 3334 Mk. monatlich. Für Bedienung werden cirka 2500 Mk. zugebilligt. Wohnungsbauabgabe und Reparatur-Zuschläge sind nicht mit einbegriffen.

— **Auskunft in Rechtsfragen** für alle Frei-Gewerkschaftler wird jeden Freitag vormittags 10 Uhr bis nachmittags 4 Uhr im Büro des Ortskartells, Krakauerstraße 6, (Eingang Droschkenplatz) erteilt.

— **Ein Betriebsrätekursus** für alle freigewerkschaftlichen Betriebsräte beginnt am 9. April, abends 7 Uhr im Schützenhaus. Auch Nicht-Betriebsräte können sich daran beteiligen.

— Ein vom Ortskartell des ADGB. festgelegter Beschluß bestimmt, daß pro Mitglied 10 Mark an die Hinterbliebenen der Opfer der Heinitzgrube abgeführt werden sollen. Das bis jetzt festgestellte Ergebnis ergab bei den Oppelner Bauarbeitern 178 000 Mark.

— In der letzten öffentlichen Versammlung der Partei, in der Genosse Götz in der „Erholung" über das Thema „Was geht im Ruhrgebiet vor" vor einer überfüllten Versammlung sprach, wurden für die revolutionären Ruhrarbeiter über 58 000 Mark gesammelt. Zur Deckung der Saalkosten kamen 25 000 Mk. ein. Broschüren wurden für 17 000 Mark verkauft.

— **Neue Ortsgruppen** unserer Partei wurden in letzter Zeit im Kreise Oppeln gegründet in Gräfenort, Groschowitz, und Sowprachtschütz. Der eifrigen Arbeit unserer Genossen im Landkreis ist es zu verdanken, daß die Mitgliederzahl nicht nur der neueren, sondern auch der älteren Ortsgruppen stetig wächst. Der Besuch der Diskussionsabende, die in einigen Ortsgruppen abgehalten werden, ist ein Beweis dafür, daß das Bestreben in die kapitalistischen Geheimnisse einzudringen und sich zum Kampf gegen das Kapital zu schulen die besten Hoffnungen für die Zukunft erwarten lassen.

Die Kreisleitung Oppeln der KPD.

Sosnitza. Produktionssabotage der Unternehmer. Zu den letzterschlossenen Gruben Westoberschlesiens gehört die cons. Oehringengrube der Oehringenbergbaugesellschaft. Diese Anlage kann in diesem Jahr auf ein 10jähriges Bestehen zurückblicken. Während aber die Anlage Sosnitza eine tägliche Förderung von 500 Tonnen aufweist, die in diesem Jahre auf 1000 To. täglich steigen wird, sodaß eine Vermehrung der deutschoberschlesischen Förderung um 15 000 Tonnen jährlich zu erwarten ist, ruht die Anlage Alguth-Zaborze ganz.

Die Aufschlüsse des Grubenfeldes wurden, nachdem in den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts vergebliche Versuche, mit einem Schachte niederzukommen, an den großen Wasserzuflüssen scheiterten, durch Anmeldung der Wiederaufnahme des Betriebes im Jahre 1912 (Dezember) wieder eröffnet und zunächst zwei Schächte von 40 und 60 Meter abgeteuft. Vom Jahre 1914 wurde das Weiterarbeiten bis zum Jahre 1919 durchgeführt und mußte dann der Schacht ausgetaut werden, was bis 1920 dauerte, doch wurde die Anlage wieder eingestellt, um einen neuen Schacht bei Kattowitz abzuteufen. Beim Abteufen des Karl-Oswald-Schachtes wurden 4 Flöze von 1 bis 1,20 Meter Höhe gefunden, mehr wie in Sosnitza, wo nur 2 Flöze von 0,85 bis 1 Meter gefunden wurden. Ebenso waren im Süden bei Schönwald von Karl-Oswaldgrube aus die Sattelflöze, die man in Sosnitza erst 1922 erreichte, erbohrt. Der Querschlag bis zu diesen Flözen wurde ebenso lang wie in Sosnitza und wäre ebenso wie der von Sosnitza 1922 fertig geworden. Auf Anordnung der Generaldirektion stellte Herr Bergwerksdirektor Walter die Anlagen ein, nachdem der vollständig vorhandene Schachtausbau nach dem neuen Schacht bei Kattowitz weggeschafft war, anscheinend wußte niemand mit der Anlage Bescheid. Die Maschinen wurden abgebaut, und so war es möglich, daß der Polenputsch der Anlage den letzten Stoß gab.

Die Schachttürme wurden, da die Beamten pflichtgemäß ihren Posten verlassen hatten, zertrümmert, es wurden Bündel von Handgranaten in den Schacht geworfen und zur Explosion gebracht. Anstatt Millionen zu schaffen, wurden Millionen verwüstet. Eins blieb nur bestehen, eine glänzende Hühnerfarm, die jährlich Hunderte von Eiern nach Berlin schickt. Trotzdem man einen neuen Schacht in Kattowitz machte, wurde den Arbeitern erklärt, die Mittel reichten nicht, und man ließ lieber die 100 guten Arbeiter mit weniger nutzbringenden Arbeiten und schlechterem Verdienste in Sosnitza arbeiten, man hatte doch den Willen. Heute noch müssen wir Arbeiter stundenlang nach Sosnitza zur Arbeitsstätte wandern und was sagt der Staat dazu, der seit 1922 den Kohlenausfall dieser Grube von 300 000 Tonnen jährlich mit gekaufter englischer Kohle unter Opferung unseres Goldbestandes und Entwertung unseres Verdienstes aufbringen muß. Wann wird der Staat hier einschreiten und für das Volkswohl arbeiten. Die Gruben müssen dem Volke, müssen dem Proletariat gehören, das allein sie hochhält, denn die verlorenen Millionen sind dem arbeitenden Volk entzogen

Zu der Verurteilung der „Priester" in Sowjet-Rußland.

Die gesamte Presse Schlesiens, vor allem die Klerikale, die der oberkatholischen Ausbeuter, veranstaltet ein wahres Indianergeheul anläßlich der Verurteilung einiger „Priester" in Sowjetrußland. Wir haben bereits gemeldet, daß die Todesurteile nicht vollstreckt worden sind. Diese Meldung wird von den meisten Blättern nicht gebracht. Was wird den Verurteilten zur Last gelegt?

Wie die russische Telegraphenagentur meldet, wird dem Urteil gegen die katholischen Geistlichen die Tatsache des hartnäckigen organisierten Widerstandes gegen die Verordnungen der Sowjetregierung in der Frage der Trennung von Kirche und Staat und der Enteignung der Kirchengüter als erwiesen hingestellt. Außerdem wird auf den protokatorischen Charakter der Organisation, mit Cieplak an der Spitze, hingewiesen, deren Ziel gewesen sei, künstlich die Bevölkerung gegen die Sowjetmacht aufzuhetzen.

Wenn das Revolutionstribunal nun mit aller Strenge gegen diese Konterrevolutionäre im Priestermantel vorgeht, so ist dies nichts mehr als seine Pflicht. Die gesamte Konterrevolution springt nun den Verurteilten bei.

In Warschau fanden Mittwoch Bittgottesdienste für die Verurteilten statt und anschließend daran „Protestversammlungen" und „Straßenumzüge".

Die bürgerliche Presse berichtet von einer „tiefen Entrüstung in allen zivilisierten Staaten."

Wie aus Warschau gemeldet wird, soll der deutsche diplomatische Vertreter in Warschau, Herr Rauscher, bei dem Sowjetvertreter daselbst einen Protest gegen das Moskauer Urteil eingelegt haben. Auch habe der deutsche Botschafter in Moskau, Graf Brockdorff-Rantzau, bei Tschitscherin in dieser Angelegenheit interveniert.

Sollte die Nachricht stimmen, so hat die deutsche Regierung die beste Gelegenheit verpaßt, zu schweigen und nicht in Gesellschaft Polens, Englands und des Papstes der mit den Gegenrevolutionären kämpfenden russischen Gerechtigkeit in den Arm zu fallen.

Den Vogel abgeschossen hat diesmal die „Oberschlesische Grenz-Zeitung" Nr. 73 vom 29./30. März. Sie füllt einen großen Teil ihrer Spalten mit dieser Angelegenheit und leistet sich im Leitartikel nachstehende Aeußerungen:

„Tief erschüttert haben wir vernommen, daß das Oberhaupt der katholischen Kirche in Rußland, der Erzbischof Cieplak, Prälat Budkiewicz und 14 andere Priester das Opfer eines Gerichtsverfahrens (!) geworden sind, das allen Methoden einer geordneten Rechtsprechung (!) europäischen Musters Hohn spricht. Aber dieses Schandurteil steht nicht für sich allein da, es bildet nur eine Etappe in der Kette der Gewalttaten, deren sich die jüdischen und die bekenntnislosen Verfolger des christlichen Glaubens gegenüber der wehrlosen Bevölkerung Rußlands zuschulden kommen ließen und noch schuldig machen werden.

Man begann mit dem polnischen Schulwesen, das bereits einen hohen Stand erreicht hatte. Der Religionsunterricht für die Jugend bis zum Alter von 18 Jahren wurde verboten, Eltern und Priester wurden mit Strafen belegt; auf Grund des Gesetzes über die Beschäftigung Minderjähriger wurde der Jugend bis zum Alter von 18 Jahren verboten, der hl. Messe beizuwohnen. Vor den Augen der Schulkinder wurden in den Klassenzimmern die Kreuze herabgerissen und verunehrt, für die Kinder, die es vermochten, den treffendsten Spitznamen für den Namen Gottes zu erfinden, wurden Preise ausgesetzt, allwöchentlich wurden die Kinder ins Theater geführt, wo man frivole Schauspiele darstellte. In den Internaten richtete man für Knaben und Mädchen gemeinsame Schlafsäle ein. Kurz, mit dem Leben der Kindesseele wird ein frevelhaftes Spiel getrieben, in einer Weise und gegangen, die kein Mensch der noch sittliches Empfinden in sich trägt, verantworten könnte.

Im weiteren Verlauf dieser Entwicklung zog man über die Kirchen her. Der polnischen Geistlichkeit wurden die bescheidenen Gehälter entzogen, welche ihnen vom Zarentum **als Entgelt für die der katholischen Kirche geraubten Kirchengüter (!) zugestanden worden** sind. Den Kircheninstitutionen wurde der Charakter selbständiger Rechtspersonen genommen. Das Kirchengut wurde samt den Gotteshäusern als Eigentum des **sogenannten arbeitenden Volkes** (!) erklärt. Den Mitgliedern der Kirche wurde anbefohlen, Räte zu wählen, welche das Kirchengut in eigene Verwaltung nahmen. Von diesen Kirchenräten, die sich vielfach aus sehr zweifelhaften Elementen zusammensetzen, werden die Kirchengüter verpachtet. In Charkow z. B. brachte eine solche Verpachtung den Betrag von 3½ Milliarden Rubeln ein.

Eine große Zahl Priester wurden aus den Pfarreien auf die Straße geworfen und die Pfarrgebäude für Gemeindezwecke in Beschlag genommen. Zwei Drittel der obdachlosen Priester haben infolgedessen Rußland verlassen müssen. Denjenigen, die auf ihren Posten verblieben, wird nicht gestattet, das Sakrament der Taufe und der Ehe zu spenden oder eine Beerdigung vorzunehmenn, es sei denn, daß der sogenannnte Volksrichter, der in **der Regel ein Jude** ist, eine schriftliche Genehmigung hierzu erteilt. Es kommt vor, daß ein solcher Volksrichter Juden auf einem katholischen Friedhof und Christen auf einem jüdischen bestatten läßt. Lapowka (ein Bestechungsgeld) für die Ausstellung der Genehmigung zu nehmen, ist bei den Volksrichtern zur ständigen Gewohnheit geworden. Die amtlichen Verwalter der Friedhöfe lassen zuweilen Familiengräber öffnen, um die Leichen „zugunsten des arbeitenden Volkes" ihrer Kleinodien zu berauben.

Ende des Jahres 1921 wurde die Aufstellung eines Verzeichnisses über das gesamte Kircheninventar und dessen Beschlagnahme angeordnet. Goldene Kelche, Monstranzen, Kruzifixe und Votivtafeln gelangten auf diese Weise **in den Besitz von Dieben, die in der Eigenschaft von Regierungskommissaren auf**traten. Die Tabernakel wurden von ihnen unter frivolem Spott geöffnet und ihres Inhalts beraubt. Die Bevölkerung regte sich darüber auf, es kam an verschiedenen Orten zu Zusammenstößen, das Ergebnis waren Verhaftungen und drakonische Urteile. Auch die Priester wurden nicht geschont, indem ihnen, ohne eingehende Untersuchung anzustellen, zur Last gelegt wurde, den Widerstand der Bevölkerung begünstigt zu haben. In diese Kategorie gehört auch der Prozeß gegen Erzpriester Cieplak und dessen Gefährten, deren ehrwürdige Lichtgestalten dadurch in das Blickfeld der gesamten christlichen Welt gerückt werden."

Diesen großangelegten, gemeinen Schwindel der „Grenz-Zeitung" zu widerlegen, halten wir für überflüssig. Was die „Beschlagnahme des Kirchengoldes anlangt, so erfolgte sie nicht unter „frivolem Spott" sondern zugunsten der Hungernden an der Wolga. In fast allen Gebieten erfolgte die Ablieferung freiwillig. Die Cieplak und Konsorten, die sich „Priester" nennen, versuchten diese Ablieferung des Kirchenschatzes bewußt zu hintertreiben, um so der Sowjet-Regierung Schwierigkeiten zu bereiten. So sieht die „Nächstenliebe" dieser „Nachfolger Christi" aus!

In dieser Angelegenheit meldet heut das WTB. aus Moskau:

Das Präsidium des allrussischen Exekutivkomitees hat beschlossen, das gegen Erzbischof Cieplak ergangene Urteil in 10jährige Freiheitsstrafe mit strenger Einzelhaft umzuwandeln. Das Gesuch um Begnadigung des Priesters Butkiewicz hatte keinen Erfolg. In dem Beschluß heißt es: Die Handlungen von Cieplak seien **bewußt gegen die Interessen der Arbeiterklasse** gerichtet gewesen und unter Ausnützung der gesetzlich verbürgten Glaubensfreiheit begangen worden. Es werde jedoch berücksichtigt, daß Cieplak der Vertreter eines Glaubensbekenntnisses sei, welches vom Zarismus unterdrückt worden sei. Infolgedessen könnte die Vollstreckung der über ihn vom Gericht verhängten Strafe von den katholischen Bürgern Rußlands als besonders gegen Priester ihres Glaubens ergangen bewertet werden.

Butkiewicz habe auf religiöser Grundlage eine offensichtlich gegenrevolutionäre Tätigkeit entfaltet und Verbindungen mit einer der Republik feindlich gesinnten fremden bürgerlichen Regierung unterhalten.

Berlin, 3. April. Wie die bürgerlichen Blätter von zuständiger Seite erfahren, ist es **n i c h t r i c h t i g**, daß der Gesandte Rauscher gegen die Vollstreckung des Todesurteils an den russischen Bischöfen protestiert hat.

Wir kommen auf die Angelegenheit noch zurück.

Zu der in Berlin gesprengten Faszistenversammlung.

verbreitet das WTB. nachstehende Meldungen:

Die Abteilung Ia des Berliner Polizeipräsidiums teilt amtlich mit, daß die politische Polizei anläßlich der Ueberfalls der Kommunisten auf die italienischen Staatsangehörigen, die Donnerstag abend **e i n e g e s e l l i g e Z u s a m m e n k u n f t** (!) im Künstlerhause, Bellevuestraße 3, abhielten, ein Strafverfahren wegen Landfriedensbruches und schwerer Körperverletzung gegen die beteiligten Kommunisten eingeleitet hat. Auf die Ermittelung und Ergreifung der bisher noch unbekannten Täter (nicht der Faszisten! d. Red.) hat der Polizeipräsident eine Belohnung von 300 000 Mk. ausgesetzt. Der Polizeipräsident weist darauf hin, daß einer oder mehrere der an dem Ueberfall beteiligten Täter bei dem Handgemenge **e r h e b l i c h v e r l e t z t** sein sollen, so daß sie wohl ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen müßten."

Eigenartig! Obwohl die „italienischen Staatsangehörigen" nur eine „gesellige Zusammenkunft veranstalteten, kamen sie schwer bewaffnet hin, so daß sie einige Arbeiter erheblich verletzten.

Nachstehende Meldung saugt das WTB. aus der Berliner Presse:

„Die noch nicht abgeschlossenen Ermittelungen der politischen Abteilung des Berliner Polizeipräsidiums über den Kommunisten-Ueberfall auf eine Versammlung von Italienern haben dem „**B e r l i n e r T a g e b l a t t**" zufolge bisher ergeben, daß der Ueberfall planmäßig durch die sogenannte Abwehrhundertschaft erfolgt ist. Die Berliner kommunistische Parteileitung, die durch ihre Agenten (!) alle politischen Versammlungen überwacht hat, hat neuerdings eine besondere Abteilung für den Einsatz von Hundertschaften als Sprengkolonnen eingerichtet. Ueber die italienische Versammlung sind die Kommunisten offenbar durch ihre sich in Berlin aufhaltenden italienischen Genossen falsch unterrichtet worden."

Planmäßig wird hier gegen die Abwehrhundertschaften gehetzt, die sich aus Arbeitern aller politischen Parteien zusammensetzen. Kein Wort verliert die bürgerliche Presse gegen die italienischen Mordbanditen. Die „Rote Fahne" (Berlin) veröffentlicht erdrückendes Material über die Tätigkeit der italienischen Faszisten in Deutschland, das wir morgen im Auszug wiedergeben werden.

Mundtot gemacht.

München, 2. April.

Wie die „Münchener Post" berichtet, ist bei Freising eine Leiche angeschwemmt worden, die als die Leiche des Studenten Bauer festgestellt sein soll. Bauer war seiner Zeit angeklagt, ein Attentat gegen Scheidemann geplant zu haben. Er kam jedoch davon ab und wurde von der Polizei freigelassen, obwohl er auch an der Rathenau-Sache beteiligt war. Nach der „Münchener Post" ist er nachträglich der Fehme der Faszisten-Mörderorganisation verfallen. Es steht nämlich fest, daß er durch einen Kopfschuß ums Leben gekommen ist, und daß es sich nicht um einen Selbstmord, sondern nur um ein neues politisches Verbrechen der Organisation C handeln kann.

Die eiserne Ferse.

Ein sozialer Roman von **J a c L o n d o n.**

[12]

„Ich weiß es wohl", sagte er traurig. „Aber für mich ist sie angebracht. Ich bin Revolutionär, das ist ein gefährlicher Beruf."

Ich lachte skeptisch.

„Wenn ich den Versuch machte, nachts in das Haus Ihres Vaters einzubrechen, um seine Dividenden von den Sierra-Werken zu stehlen, was würde er tun?"

„Er hat den Revolver neben sich auf dem Nachttisch liegen", antwortete ich. „Er würde Sie sehr wahrscheinlich erschießen."

„Wenn ich und einige andere anderthalb Millionen Männer in die Häuser all der Wohlhabenden führen würde — es gäbe eine gewaltige Schießerei, nicht wahr?"

„Gewiß, aber Sie werden das nicht tun", bemerkte ich.

„Das ist genau das, was ich tun will. Und wir haben die Absicht, nicht nur allen Reichtum zu nehmen, der in den Häusern ist, sondern auch sämtliche Quellen dieses Reichtums, alle Bergwerke, Eisenbahnen, Fabriken, Banken und Geschäfte. Das ist die Revolution. Es ist ohne Zweifel gefährlich. Ich fürchte, es wird eine größere Schießerei geben, als ich mir träumen lasse. Aber was ich sagte, nicht einer mehr ist heutzutage frei. Wir sind alle von den Rädern und Zähnen der gewerblichen Maschine ergriffen. Sie sahen das, wo Sie waren, und daß die Männer, mit denen Sie sprachen, es ebenfalls waren. Sprechen Sie noch mit mehreren von ihnen. Gehen Sie zu Kolonel Ingram. Sehen Sie sich die Reporter an, die Jacksons Fall aus den Zeitungen fernhielten, und die Herausgeber der Zeitungen. Sie werden finden, daß sie alle Sklaven der Maschine sind.

Im Verlauf unserer Unterhaltung stellte ich eine einfache Frage über die Haftpflicht der Arbeiter bei Unfällen an ihn, und erhielt eine statistische Belehrung darüber.

„Es ist alles in Büchern niedergelegt", sagte er. „Fälle sind gesammelt worden, und es steht unumstößlich fest, daß in den ersten Morgenstunden sich selten Unfälle ereignen, daß aber ihre Zahl in den Stunden nachher rasch anschwillt, wenn die Arbeiter körperlich und geistig müde und langsamer werden.

„Weshalb meinen Sie wohl, daß Ihr Vater dreimal so viel Chancen für die Sicherheit von Leib und Leben hat, als ein Arbeiter? Er hat sie in der Tat. Die Versicherungsgesellschaften wissen es. Für ihn wird eine Unfallpolice jährlich vier Dollars und zwanzig Cents bei tausend Dollars Versicherung kosten, für einen Arbeiter dagegen fünfzehn Dollars."

„Und Sie?" fragte ich, und in diesem Augenblick empfand ich eine mehr als oberflächliche Unruhe in mir.

„Oh, als Revolutionär habe ich ungefähr die achtfache Aussicht wie ein Arbeiter, beschädigt oder getötet zu werden", antwortete er sorglos. „Die Unfallversicherungen verlangen von dem in hohem Maße geübten Chemiker, der mit Explosivstoffen umgeht, die achtfache Prämie wie von einem Arbeiter. Ich glauben, mich würden sie überhaupt nicht in die Versicherung aufnehmen. Warum fragten Sie?"

Meine Augen flackerten, und ich fühlte, daß mir das Blut heiß in die Wangen stieg. Nicht deshalb, weil er mich in meiner Unruhe ertappt haben könnte, sondern deshalb, weil ich mich selbst ertappt hatte und zwar in seiner Gegenwart.

In diesem Augenblick trat mein Vater ein und machte Anstalten, mit mir fortzugehen. Ernst gab ihm einige Bücher zurück, die er von ihm geliehen hatte, und verabschiedete sich. Im Hinausgehen drehte er sich noch einmal um und sagte:

„Oh, anstatt daß Sie Ihre eigene Seelenruhe stören und ich die des Bischofs, sollten Sie lieber nach Frau Wickson und Frau Pertonwaithe hinsehen. Ihre Männer sind, wie Sie wissen, die beiden Hauptaktionäre der Fabrik. Wie alle Menschen, so sind auch diese beiden Frauen an die Maschine gebunden; aber sie sind so gebunden, daß sie zu oberst auf ihr draufsitzen."

4. Kapitel.

Sklaven der Maschine.

Je mehr ich an Jacksons Arm dachte, desto mehr fühlte ich mich erschüttert. Ich stand einer wirklichen Sache gegenüber. Zum erstenmal sah ich das hüllenlose Leben. Mein Universitätsleben, Studium und Kultur, waren nichts Tatsächliches gewesen. Ich hatte nur die Theorien des Lebens und der Gesellschaft kennen gelernt, die sich zwar gedruckt alle sehr schön ausnahmen; aber jetzt hatte ich das Leben in seiner nackten Wirklichkeit gesehen. Jacksons Arm war eine Tatsächlichkeit des Lebens. Ernsts „Die Tatsache, Herr, die unwiderlegliche Tatsache!" klang in meinem Bewußtsein.

Es erschien ungeheuerlich, unmöglich, daß unsere ganze Gesellschaft auf Blut gegründet sein sollte. Doch da war Jackson. Ich konnte nicht von ihm loskommen. Meine Gedanken flogen beständig zu ihm zurück, wie der Kompaß zum Pol. Er war schauderhaft behandelt worden. Man hatte sein Blut darum nicht bezahlt, damit eine größere Dividende ausgeschüttet werden konnte. Und ich kenne eine ganze Anzahl von glücklichen, behaglichen Familien, die diese Dividenden bekommen und dabei viel durch Jacksons Blut verdient hatten. Wenn ein Mann so ungeheuerlich behandelt werden, und die Gesellschaft so sorglos ihren Weg weiter gehen konnte, mußten nicht viele Männer solch scheußliche Behandlung erfahren haben? Ich dachte an Ernsts Frauen von Chicago, die für neunzig Cents die Woche arbeiten, und an die Kinder-Sklaven in den südlichen Spinnwerken, von denen er gesprochen hatte. Und ich konnte ihre bleichen, weißen Hände sehen, aus denen das Blut herausgepreßt war, mit der Herstellung des Stoffes beschäftigt, aus dem mein Mantel besteht. Und dann dachte ich an die Sierra-Werke und die Dividenden, die bezahlt worden waren, und ich sah deutlich das Blut Jacksons auf meinem Mantel. Jackson konnte ich nicht entfliehen. Meine Gedanken führten mich beständig zu ihm zurück.

In meinem tiefsten Innern hatte ich das Gefühl, daß ich am Rande eines Abgrundes stünde. Es war, als sei ich im Begriff, eine neue und furchtbare Offenbarung des Lebens zu erfahren. Und nicht ich allein. Meine ganze Welt stürzte um. Da war mein Vater. Ich konnte an ihm den Einfluß Ernsts beobachten. Und dann der Bischof. Als ich ihn zuletzt sah, glich er einem kranken Mann. Er befand sich in hochnervöser Spannung, und in seinen Augen lag ein unaussprechliches Grauen. Aus dem wenigen, das ich erfuhr, konnte ich feststellen, daß Ernst sein Versprechen, ihn durch die Hölle zu führen, gehalten hatte. Aber was für Höllenszenen seine Augen gesehen hatten, erfuhr ich nicht, denn der Bischof schien zu entsetzt, um davon zu sprechen.

Einmal, als ich mit Macht fühlte, daß meine kleine Welt und alles um mich her sich umkehrte, dachte ich an Ernst als die Ursache davon. Und ich dachte: „Wir waren so glücklich und zufrieden, bevor er kam." Und im nächsten Augenblick empfand ich diesen Gedanken als Verrat an der Wahrheit, und Ernst erschien mir wie ein Verklärter, wie ein Wahrheitsapostel, mit strahlendem Antlitz und mit der Furchtlosigkeit eines göttlichen Engels, der für die Wahrheit und das Recht kämpfte und um Hilfe für die Armen und Verlassenen und Unterdrückten. Und dann stand vor mir eine andere Gestalt: Jesus Christus. Auch er hatte Partei für die Armen und Verstoßenen ergriffen und gegen alle bestehende Macht der Priester und Pharisäer. Und ich dachte an seinen Tod am Kreuz, und mein Herz zog sich schmerzhaft zusammen, wenn ich an Ernst dachte. War auch er für das Kreuz bestimmt? — er mit seiner metallenen, kriegerischen Stimme und mit all seiner herrlichen Manneskugend!

Und in diesem Augenblick wußte ich, daß ich ihn liebte, und daß ich vor Verlangen verging, ihn zu trösten. Ich dachte an sein Leben, das herb und niedrig und armselig gewesen sein mußte. Und an seinen Vater dachte ich, der für ihn gelogen und gestohlen und sich zu Tod gearbeitet hatte. Und er selbst hatte in der Fabrik arbeiten müssen als Zehnjähriger. Mein Herz schien vor Verlangen zerspringen zu wollen, meine Arme um ihn zu legen und seinen Kopf an meiner Schulter ausruhen zu lassen — seinen Kopf, der von vielen Gedanken krank sein mußte, und ihm Ruhe und Linderung und Vergessen auf eine freundliche Stunde zu gewähren.

(Fortsetzung folgt.)

Für die streikenden Bergarbeiter in Elsaß-Lothringen.

Das Internationale Propaganda-Komitee der revolutionären Bergarbeiter an die Arbeiter und Arbeiterinnen aller Länder.

Arbeitsbrüder, Genossen!

Seit mehr als fünf Wochen tobt eine Bergarbeiterschlacht gegen die Zechenkönige in Elsaß-Lothringen. Fünfundsiebzigtausend Grubensklaven des Saargebietes stehen im Kampfe seit dem 7. Februar, um eine Lohnerhöhung von 4 Franken. Mehr als 30 000 Arbeiter in Lothringen kämpfen seit dem 8. Februar um die Wiederherstellung der alten Löhne.

Wochenlang forderten die Bergarbeiter eine notwendige Erhöhung ihrer um 7 Franken erniedrigten, seit 1920 zweimal abgebauten Löhne. Taube Ohren der Zechenkönige zwingen ihre Lohnsklaven zum Handeln. Die resultatlosen Forderungen für eine menschenwürdige Existenz mußten erzwungen werden durch die Aufnahme des Kampfes um sie.

Die Kumpels sind keine Hunde, die die Peitsche küssen. Mutig und unerschrocken kämpfen sie um ihr Dasein seit dem 7./8. Februar auf allen Zechen. Eine einheitliche Front ist im Kampfe entstanden von den Mitgliedern der christlichen, reformistischen und revolutionären Organisationen. Schulter an Schulter wird gekämpft. Unbeugsam ist der Wille zum Siege. Lange Wochen der ununterbrochenen Schlacht haben die ausgemergelten Leiber der Kommunisten nicht ins Weichen gebracht. So wenig wie die militärischen Besetzungen des gesamten Streikgebietes. Alle Schächte sind militärisch besetzt, die Wohnungen der Direktoren bewacht. Der Belagerungszustand steht in Aussicht.

Das beweist die Zuspitzung des Kampfes bis zur Siedehitze. Es ist ein Ringen auf Leben und Tod.

Bergarbeiter aller Länder!

Die Bergarbeiterschlacht in Elsaß-Lothringen muß ein Alarmsignal für Euch zur solidarischen Hilfe sein. Ihr Kampf ist Euer Kampf, ihr Sieg ist Euer Sieg, und ihre Niederlage Eure Niederlage. Der heldenmütige Kampf der elsaß-lothringischen Bergarbeiter gegen den gemeinsamen grausameen Feind muß die Bergarbeiter aller Länder mit Stolz und Mut beseelen.

Arbeiter und Arbeiterinnen aller Länder!

Flammender Haß verbindet Euch alle im täglichen Daseinskampf gegen Eure Ausbeuter, die die Arbeitsfähigkeit der arbeitenden Massen durch die Hungerpeitsche mehr und mehr ruinieren. Am meisten werden die Bergarbeiter aller Länder davon betroffen. Das beweisen Euch die überall aufflammenden Abwehrstreiks.

In schwerstem Ringen stehen die Bergarbeiter in Elsaß-Lothringen! Ihr Kampfesmut ist unerschüttert trotz aller Entbehrungen, die sie mit Weib und Kind, den stillen Heldinnen, wochenlang überwinden müssen. Durchhalten wollen sie gemeinsam bis zum Siege. Damit ihre Kräfte nicht erlahmen, sind bereits Hilfeleistungen erfolgt, so von dem Reichsausschuß der Betriebsräte Deutschlands in Höhe von 24 000 Franken, der Unitaire Bergarbeiter-Föderation Frankreichs in Höhe von 50 000 Franken, dem Allrussischen Bergarbeiter-Verband in Höhe von 25 000 Franken.

In dieser ernsten Stunde des schweren Kampfes appellieren wir an Eure Solidarität, an Eure Pflicht! Helft den Bergarbeitern Elsaß-Lothringens! Organisiert eiligst eine planmäßige Hilfsaktion! Leitet Sammlungen ein in den Betrieben, Gewerkschaften und Versammlungen!

Je schneller die Hilfe, desto früher der Sieg! Eile tut not, ehe es zu spät ist!

Internationales Propagandakomitee
der rev. Bergarbeiter.
A. Kalnin.

Trotz alledem.

Die unerhörte Provokation der Königsberger Arbeiterschaft durch den sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Lübbring, der Faszistische Versammlungen erlaubt, kommunistische dagegen verbietet, hat eine erste Antwort gefunden. Obwohl es der Kommunistischen Partei unmöglich war, genügende Propaganda für die öffentliche Volksversammlung im Gewerkschaftshaus zu machen, waren wiederum beide Säle überfüllt und viele hundert Proletarier mußten zurückkehren, da sie keinen Platz bekamen.

Daß die gewaltige Kundgebung des Königsberger Proletariats nicht nur ein leerer Protest gegenüber der faszistischen Bourgeoisie und deren Handlanger im Lager der Sozialdemokraten ist, das wird die Arbeiterschaft durch die Tat beweisen.

Kommunistischer Erfolg.

Bei der Neuwahl des Stadtverordnetenkollegiums in Limbach (Sachsen) hat die Kommunistische Partei einen großen Erfolg errungen. Der Wahlausgang bestätigt die Richtigkeit der von den Kommunisten verfolgten Politik. Die KPD. erhielt 2735 Stimmen, die VSPD. 752 Stimmen. Auf drei bürgerliche Listen fielen zusammen 3014 Stimmen. Die KPD. erhält 11 Sitze, die VSPD. 4, die Bürgerlichen 12 Sitze. Die Kommunisten ziehen erneut als stärkste Partei in das Kollegium ein.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Johannes Hartsch; für den Inseratenteil: Max Fischoder; Druck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H., sämtlich in Breslau.

Versammlungs-Kalender.

Jede Zeile unter dieser Rubrik kostet 50 Mark.

KPD Bezirksleitung: Büro u. Kasse: Breslau, Trebnitzerstr. 50. Tel. Ring 8837. Adresse: Alfr. Oelßner, Breslau, Trebnitzerstr. 50.

Breslau. Sämtliche Distriktskassierer müssen am 4. April in der Zeit von 3,30 bis 8 Uhr abends im Parteibüro das Markenmaterial für April in Empfang nehmen und zugleich muß für März abgerechnet werden. Die Genossen müssen sich daran gewöhnen, für pünktliche Abrechnung unbedingt Sorge zu tragen, da die Ortskasse am 5. eines jeden Monats die endgültige Abrechnung für den verflossenen Monat der Bezirksleitung abführen soll und muß. Vor dem Abrechnungstermin sind Vorschußzahlungen erwünscht.

Langenbielau. Sonnabend, den 7. April, abends 7 Uhr, Mitgliederversammlung bei Pinter. Wichtige Tagesordnung. Erscheinen aller Genossen u. Genossinnen ist Pflicht. Punkt 6,30 Uhr Vorstandssitzung.

Roßberg-Beuthen. Sonntag, den 8. April, nachm. 6 Uhr, findet im Volkshause Beuthen eine Theateraufführung der KPD. statt. 1. Der Weber Lied. 2. Die Internationale. Eintrittskarten im Vorverkauf bei den auf den Plakaten verzeichneten Genossen.

Gewerkschaften

Breslau. Achtung Eisenbahner. Mittwoch, den 4. April, abends pünktlich 7 Uhr, findet im Parteibüro eine wichtige Sitzung statt. Nur KPD.-Mitglieder haben Zutritt.

Freiburg. Deutscher Metallarbeiter-Verband. Donnerstag, den 5. April, abends 7,30 Uhr, im Buchwald, Mitgliederversammlung. Wichtige Tagesordnung. Referent anwesend.

Welcher Genosse (Landwirt) ? würde von einem alten armen Genossen ein 14jähr. unterernährtes Mädchen auf einige Wochen in gute Pflege nehmen. Gefl. Antwort a. d. Geschäftsst. d. Ztg.

Zu kaufen gesucht ein gut erhaltenes Herren-Fahrrad gegen Eintausch eines Regulators u. Herren-Taschenuhr. Gefällige Offert. erbitt. E. Beyer, Blücherstraße 15, II.

Jedem vorwärtsstrebenden Arbeiter sind die Ankündigungen unserer Buchhandlung ganz besonders zu empfehlen

Altmetalle
Alteisen
Zahle dem Dollarstand entsprechend höchste Tagespreise.
Händler Vorzugspreise.
Metallkeller
Lessingstr. 9. Tel. R. 11569.
Achtung Hausnummer
Ausweis mitbringen.

Für unsere Bibliothek suchen wir sofort einen gebrauchten, aber gut erhaltenen Schrank zu kaufen.
Angebote an Artur Müller, Breslau, Nikolaistraße 49/50 (Buchhandlung)

Neu erschienen:
Zum 5. Jahrestag der deutschen Revolution
35 Seiten stark broschiert 40 M.
Zu beziehen von der Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H., Abteilung Buchhandlung, Breslau, Nikolaistraße 49/50 sowie alle Literaturobleute.

Achtung! Wo ? kauft man neue und gebrauchte Möbel sowie ganze Einrichtungen am billigsten und vorteilhaftesten
Bei H. Kluge Neumarkt 12, I.

Hast Du schon Abonnenten geworben ???

Gummiwaren jeder Art, Spülspritz., Irrigatoren, Leib- u. Monatsbinden. Katalog gegen Rückporto.
Frau A. Gebauer Breslau 6 V, Dessauerstr. 1, II. Ecke Friedrich-Wilhelmstraße 36.

Nähmaschinen, Fahrräder, Möbel usw. kauft zu höchst. Preis Brüll & Co., Matthiasstr. 88, I.

Kaufe Gold- Silber- Platin-Bruch Zahngebisse Uhren zu höchsten Tagespreisen E. Beyer Blücherstraße 15.

Küchen i. groß. Auswahl sehr preiswert. Giesel Brüderstr. 23.

Sohlenleder-Ausschnitt in allen Größen u. Stärken preiswert. Gebr. Tischler Lederhandlung Weidenstraße 4, Filiale: Sandstraße 13.

Möbliertes oder unmöbliertes Zimmer sucht Parteigenosse, mögl. bei Parteigenoss. Angebote erbet. schriftl. od. mündl. an Th. Kauf, Trebnitzerstr. 50 (Red. der „Schles. Arb.-Ztg.") o. d. telefonisch R. 8887.

Zahle die höchsten Preise für Gold-, Platin-, Silber-Bruch, alte Gebisse
Streng reelle Bedienung. Einkauf täglich 8—7 Uhr.
Ueberbiete jeden Konkurrenzpreis.
Bei steigendem Dollar sofort höhere Preise.
Kein Zahn unter 4000.— Mk. Stiftzähne die Hälfte.
Breslau, Matthiasstr. 18 I
Th. Schade.

Gold-Silber Platin-Bruch, Dublee auch das kleinste Quantum kauft über Reklamepreis B. Heentschel, Reuschestr. 47/48 Haus Tichauer.

Altmetalle
Kupfer, Messing, Zink, Zinn, Blei und Eisen kauft zum Tageskurs
August Hoffmann
Bauklempnerei und Installationsgeschäft
Breslau 8, Brüderstr. 34 vorn im Laden.
Tel. R. 3095 Nebenstelle.

Achtung! Ich zahle für alle Sorten Altmetalle Alteisen, Zeitung, Makulatur, Papier dem Dollarstande entsprechende höchste Tagespreise.
Lessingstraße 10
Telephon Ohle 6582.
Artur Linke.
Ausschneiden!

Bestellt noch heute das Kommunistische Einmaleins

Zickelfelle kauft zu bekannt reellen Tagespreisen H. Freudenberger Häute und Felle Breslau 1, Kupferschmiedestr. 54 Eingang Lange Holzgasse Telefon Ohle 9146 und Ring 9106.

Arbeitereltern! Die Zeitung Eurer Kinder! Der Junge Genosse
Internationale Zeitschrift für Arbeiterkinder
Nr. 3
Aus dem Inhalt der reich illustrierten Nummer erwähnen wir: An alle Arbeiterkinder. Märzstürme. Nachtgesicht. Karl Marx. In Fortsetzungen erscheint eine Bildgeschichte von Harry u. Franz: Peter Pumpels Wanderungen. Die Berichte aus der Internationale zeigen das Leben der jungen Genossen in den Kindergruppen der Ukraine, Rußlands u. Dänemarks.
Preis 120,— Mark
Zu beziehen durch alle Funktionäre der Kommunistischen Jugend und Kindergruppen
VERLAG DER JUGENDINTERNATIONALE
BERLIN-SCHÖNEBERG / FEURIGSTRASSE 63
Auslieferungsstelle für Deutschland: Verlag Junge Garde — Berlin C 2 — Stralauer Straße 12

Eine ganze Bibliothek für nur 2000 Mark erhalten Sie durch das
Wirtschaftliche Arbeitnehmer-Jahrbuch 1923
Es enthält alles, was man im täglichen Leben notwendig wissen muß, z. B. wichtige Reichsgesetze, Kommunalverwaltung, Gewerkschaftsgliederung, Kartelle, Trusts, die gesamte Sozialversicherung, Erwerbslosenfürsorge, Arbeiterschutz, Arbeitsvermittlung, Achtstundentag, Lohnämter, Bildungswesen, Valutafragen, Staatsbanken, Jahrgänge, Wirtschaftsstatistik (Preise, Löhne, Kurse, Produktion, Außenhandel, Arbeitslosigkeit usw.)
Beim Zeitungslesen, in der Versammlungsdebatte, beim Studium zu Hause, bei Beratung von Kollegen, beim Schutze eigener Interessen hilft Ihnen schnell und sicher das Arbeitnehmer-Jahrbuch!
In Leinen-Format gebunden Preis 2000.— Mark.
Zu beziehen durch Produktiv-Genossenschaft f. d. Prov. Schlesien e. G. m. b. H. Breslau, Nikolaistr. 49/50 — Abteilung Buchhandlung.

Soeben neu erschienen:
Brot und Maschinen für Sowjet-Rußland
Ein Jahr proletarischer Hilfsarbeit
von Willi Münzenberg.
Broschiert, 38 Seiten stark.
Preis 200.— Mark.
Zu beziehen durch die Produktiv-Genossenschaft für die Prov. Schlesien e. G. m. b. H., Breslau, Nikolaistr. 49/50 Abteilung Buchhandlung.

Für das Frühjahr Damenhüte
M. Tichauer,

Der Bankerott Deutschlands!
189 Seiten stark. Preis brosch. 400 Mk.
Deutschland — eine Kolonie?
von Dr. Eugen Pawlowski.
Aus dem Inhalt heben wir folgende Kapitel hervor:
1. Wessen Kolonie soll Deutschland werden?
2. Die passive Wirtschaftsbilanz Deutschlands.
3. Die Produktion Deutschlands in der Nachkriegszeit.
4. Die Reparationsfrage.
5. Die Handels- und Zahlungsbilanz Deutschlands.
6. Außenpolitische Fragen.
90 Seiten stark.
Die Not der Proletarierkinder
Herausgegeben vom Frauen-Reichssekretariat der KPD.
20 Seiten stark. Preis 100 Mk.
Bestellungen nimmt schon jetzt entgegen die Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H. Breslau, Nikolaistraße 49/50. Abteilung Buchhandlung.